

# DEUTSCHE POLIZEI

MÄRZ 2017 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



## OSMANEN GERMANIA Neue Größe der Unterwelt?

Tarifrunde  
2017



Exklusives  
Angebot für  
**Polizei-  
beamte**

Wenn es für Sie als Held  
**mal nicht so super** läuft, sind wir da.

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Unfallschutz. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551  
[polizei-info@pvag.de](mailto:polizei-info@pvag.de), [www.pvag.de](http://www.pvag.de)

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen

**TARIFEINIGUNG**

**Gewerkschaften erkämpfen  
mehr Gehalt für  
Beschäftigte des  
öffentlichen Dienstes**

Potsdam. Um 18.55 Uhr am späten Freitagabend des 17. Februar fielen die erlösenden Worte: „Wir sind durch. Wir haben ein Ergebnis!“ Nach stundenlangen Gesprächen mit den Verhandlungsführern der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) meldeten die Verhandlungsführer von ver.di, GdP, GEW, IG BAU und dbb-Tarifunion den Durchbruch in der 3. Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow, der in der sogenannten Spitze für die Gewerkschaftsseite mitverhandelte, als auch seine für Tarifpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand verantwortliche Stellvertreterin, Kerstin Philipp begrüßten das Verhandlungsergebnis. Es wurde von den Bundestarifkommissionen der beteiligten DGB-Gewerkschaften und der dbb-Tarifunion zum Teil einstimmig angenommen.

**Spürbare Gehaltserhöhungen  
erreicht**

„Wir haben spürbare Gehaltserhöhungen für unsere Kolleginnen und Kollegen erreicht, was nicht nur angesichts sprudelnder Steuereinnahmen der öffentlichen Hand gerechtfertigt ist. Das Ergebnis ist auch ein Zeichen der Arbeitgeber, dass die Arbeit vieler Behörden und Ämter mit diesem Tarifergebnis mit Reallohnsteigerungen und nicht nur mit warmen Worten gewürdigt wird. Wir erkennen das als ein Zeichen der Wertschätzung durch unsere Arbeitgeber an.“

**Die wesentlichen Punkte  
des Ergebnisses:**

- Rückwirkend zum 1. Januar 2017 werden die Entgelte um 2 Prozent erhöht, mindestens 75 Euro bis zu einer Einkommenshöhe von 3.200 Euro.
- Zum 1. Januar 2018 werden die Entgelte um 2,35 Prozent erhöht.
- Eine neue Stufe 6 in der EG 9 bis EG 15 wird geschaffen, indem der Betrag der Stufe 5 um 1,5 Prozent ab 1. Januar 2018 und um weitere 1,5 Prozent

**1/2 TARIFEINIGUNG**

**2 AKTUELL** Betreuungseinsatz in Koblenz

**3 TARIFVERHANDLUNGEN** Warnstreiks und Demonstrationen von der Nordsee bis zu den Alpen

**6 TITEL/KRIMINALITÄT** Osmanen Germania: „Möchtegern-Rocker“ oder neue Größe in der Unterwelt?

**12 GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE** Sieben Jahre dauerte die Geburt eines neuen Schutzparagrafen

**16  NACHRICHTEN**

**19 GEWALT IN PARTNERSCHAFTEN** Anstieg bestätigt zunehmende Bedeutung

**20 55. VERKEHRSGERICHTSTAG** Von Smartphones, Senioren und Radfahrer im Straßenverkehr

**24 AUS LÄNDERN UND BEZIRKEN** Landesweiter Einsatz der Bodycam soll Gewalt gegen Polizei reduzieren

**29 SCHWERBEHINDERTE** Grenzen überwinden

**31  GESPRÄCHE** Terrorbekämpfung bleibt Sache der Polizei

**32 RUHRFESTSPIELE** Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch

**33 VERKEHR** Gefahrgutrechtliche Vorschriften geändert

**34 MEDIEN** Politik hinter Glas

**35 POLIZEISPORT** Deutscher Polizei Cup im Tischtennis

**36 SENIOREN** Wer rastet, der rostet!

**36 BÜCHER**

**37 FORUM**

**40 IMPRESSUM**

- zum 1. Oktober 2018 erhöht wird.
- Die Entgelte der Auszubildenden werden rückwirkend zum 1. Januar 2017 um 35 Euro erhöht.
  - Ab 1. Januar 2018 werden die Entgelte der Auszubildenden um weitere 35 Euro erhöht (30 Euro Anhebung der Entgelte plus 5 Euro Lehrmittelzuschuss).
  - Die Übernahmeregelung wird verlängert. Ebenso wurde ein Tag mehr Urlaub durchgesetzt.

- Über die weiteren Verhandlungen zur Entgeltordnung der Länder verständigten sich die Tarifparteien auf eine Prozessvereinbarung. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 24 Monate bis zum 31. Dezember 2018. Damit gibt es keine Leermonate.

Fahrt aufgenommen hatten die Verhandlungen nach einer ergebnislosen zweiten Runde durch die zahlreichen Warnstreikaktionen der Gewerkschaft



## TARIFEINIGUNG

ten in den vergangenen Wochen, an denen sich auch die Kolleginnen und Kollegen der GdP in großer Zahl beteiligt hatten (siehe Bericht an anderer Stelle).

Ein Großaufgebot an Demonstranten hatte auch den Beginn der dritten Runde in Potsdam begleitet. Die Titelseiten vieler Tageszeitungen und die Berichte in den Nachrichtensendungen waren beherrscht von dem aus Nordrhein-Westfalen angefahrenen GdP-Demo-Bus. GdP-Vorsitzender Oliver Malchow: „Die Kreativität und Spontaneität der Kolleginnen und Kollegen bei den Aktionen war beeindruckend. Ich danke allen, die sich in diesem Arbeitskampf engagiert haben.“ hol



**Pressekonferenz zu später Stunde: GdP-Chef Oliver Malchow zum Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern.**  
Foto: Holecsek

## AKTUELL

# Betreuungseinsatz in Koblenz – GdP unterstützt Kräfte bei ENF-Rechtspopulisten-Treffen

**Tausende Menschen demonstrieren Ende Januar in Koblenz friedlich gegen ein Treffen europäischer Rechtspopulisten. Zu ihnen gehörten SPD-Chef Sigmar Gabriel, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Landesinnenminister Roger Lewentz, Ex-SPD-Chef Rudolf Scharping sowie Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Bis zu 2.000 Polizistinnen und Polizisten aus vier Bundesländern schützten die Veranstaltungen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte bereits am Tag zuvor ihren Betreuungseinsatz gestartet.**

Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow nahm am letzten Vorbereitungstreffen der GdP-Betreuerenteams teil. Er schaute mit GdP-Landeschef Ernst Scharbach auch in der Leitstelle der Koblenzer Polizei vorbei. Dort sprachen sie mit Polizeipräsidenten Wolfgang Fromm.

Malchow erlebte für das Engagement der GdP-Teams dankbare Einsatzkräfte. Rund 20 GdP-Betreuerinnen und -Betreuer waren rund um die Rhein-Mosel-Halle und im Einsatzraum unterwegs. Sie erleichterten den Einsatzkräften mit kleinen Stärkungen und einem offenen Ohr den Dienst. Die GdP-Rheinland-Pfalz habe eine kleine Westerwälder Familienbäckerei für eine Woche lahmgelegt, erzählte GdP-Landeskassierer Ingo Schütte. Es sei eine hiesige GdP-Spezialität, Nussecken an Kolleginnen und Kollegen zu verteilen – diesmal 1.650 Stück. Der Betreuungseinsatz lief von Freitagmittag bis Samstagabend. „Wir besorgten nachts noch ein paar Kartenspiele für die Krätesammelstelle.

Irgendwann geht einem mal der Gesprächsstoff aus“, so Schütte.

Scharbach dankte Einsatzkräften

und GdP-Betreuern: „Das war ein gelungener Einsatz. Diese Betreuung hat in der GdP eine langjährige Tradition.“ Malchow betonte: „Der Polizei bleibt kaum Zeit zum Durchschnaufen. Nach dem Großeinsatz zum OSZE-Ministertreffen in Hamburg geht es dieses Jahr schon wieder mit einem vollen Auftragsbuch weiter. Immer öfter müssen Bereitschaftspolizisten anderer Länder ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ort unterstützen, wie hier in Koblenz.“ mzo



**GdP-Besuch in der Einsatzleitstelle der Polizei Koblenz. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow (r.) und der rheinland-pfälzische GdP-Chef Ernst Scharbach (4.v.r.) informierten sich über die Lage vor den ersten Demonstrationen gegen die ENF-Veranstaltung am Sonnabend.**  
Fotos: Holecsek



# Warnstreiks und Demonstrationen von der Nordsee bis zu den Alpen

**Mit zahlreichen Demonstrationen, Aktionen und Warnstreiks hatten Zehntausende Mitglieder von ver.di, GEW, GdP und IG BAU vor der mit Spannung erwarteten dritten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder der Arbeitgeberseite signalisiert, dass ihre Geduld am Ende sei.**



**Am 1. Februar formierten sich rund 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, darunter ein großer Teil Kolleginnen und Kollegen der GdP, zu einem Protestzug durch die Landeshauptstadt.**  
Foto: GdP-MV

„Wir sind von einem Durchbruch weit entfernt. Jetzt müssen wir mit Warnstreiks für Bewegung in den Verhandlungen sorgen.“ So hatte die ernüchternde Bilanz des Verhandlungsführers, ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, gelautet, nachdem die zweite Runde der Tarifverhandlungen in Potsdam ohne Ergebnis zu Ende gegangen war.

### Mecklenburg-Vorpommern

Am 1. Februar formierten sich rund 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter ein großer Teil Kolleginnen und Kollegen der GdP, aus dem ganzen nordostdeutschen Bundesland zu einem Protestzug durch die Landeshauptstadt.

GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher sagte in seiner Kundgebungsrede in Schwerin: „Ich kann dieses Geheule der Arbeitgeber nicht mehr hören. Von wegen: Angesichts der Schuldenbremse seien sechs Prozent mehr Lohn weit überzogen und

nicht akzeptabel! Schuldenbremse, kein Geld da! Erzählt doch keinen Quatsch! Der öffentlichen Hand ging es selten so gut wie heute! Allein 2016



**Mit witzigen Karikaturen von Jürgen Tomicek gingen in NRW die Kolleginnen und Kollegen in die „Aktive Mittagspause“ und verdeutlichten ihre Forderung zur Tarifrunde.**

Foto: Jürgen Seidel/GdP NRW

hatte das Finanzministerium in Mecklenburg-Vorpommern über 254 Millionen Euro Einnahmen, die es nicht ausgegeben hat.“

### Thüringen

In der Landeshauptstadt Erfurt versammelten sich am 2. Februar Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen am Fischmarkt und zogen in einem Demonstrationszug zur Staatskanzlei. Warnstreiks gemeinsam mit der GEW gab es auch am 15. Februar in Jena – mit Demonstrationszug und Kundgebung in der Innenstadt.

### Nordrhein-Westfalen

7.000 Beschäftigte von Polizei und Feuerwehr, aus Schulen und Hochschulen, den Finanzämtern und Gerichten sowie der Landesverwaltung gingen am 9. Februar in Düsseldorf für einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen auf die Straße. Mit der Demonstration, zu der die GdP, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Bildungsgewerkschaft GEW und der Deutsche Beamtenbund aufgerufen hatten, verliehen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihrer Forderung Nachdruck, künftig genauso bezahlt zu werden wie die Beschäftigten bei Bund und Kommunen sowie in der Privatwirtschaft.

„Mit den Einkommen, die wir IT-Spezialisten oder DNA-Experten bei der Polizei anbieten, sind wir schon heute kaum noch wettbewerbsfähig. Wenn wir diese Lücke nicht endlich schließen, müssen wir uns nicht wun-



## TARIFVERHANDLUNGEN

dern, wenn in Zukunft Verbrecher auch deshalb frei herumlaufen, weil es uns nicht mehr gelingt, genügend gut qualifizierte junge Menschen für die Arbeit bei der Polizei zu gewinnen“, warnte auf der Demonstration GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert. Weil die Bundesländer seit der Föderalismusreform selber über die Einkommen ihrer Beschäftigten entscheiden, verdienen die Polizistinnen und Polizisten und die Tarifbeschäftigten in den Polizeibehörden in NRW heute bereits vier Prozent weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen, die die gleiche Arbeit beim Bund oder den Kommunen machen. „Diesen Irrsinn müssen wir endlich beenden. Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden!“, fordert der GdP-Vorsitzende.

„Wir erwarten deshalb, dass die in den vergangenen Jahren entstandene Einkommenslücke zum Bund und den Kommunen umgehend geschlossen wird. Und wir müssen endlich Anschluss an die Einkommen in der Privatwirtschaft bekommen, sonst können wir junge Menschen nicht mehr für den öffentlichen Dienst gewinnen“, sagte in einer in NRW ausgerufenen „Aktiven Mittagspause“ vor dem Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs. Der GdP-Landesbezirk hatte in 14 Städten in ganz NRW Polizistinnen und Polizisten, Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte der Polizei zu der Aktion aufgerufen, die einen überwältigenden Erfolg verzeichnete. Neben den LKA-Beschäftigten beteiligten sich Tarifbeschäftigte und Polizistinnen und Polizisten in den Polizeipräsidien Aachen, Bochum, Bonn, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Wuppertal und Recklinghausen sowie den Polizeibehörden des Ennepe-Ruhr-Kreises, des Märkischen Kreises und des Kreises Unna und der Landesoberbehörden LZPD in Duisburg und LAFP in Selm.

### Bayern

„Wir Arbeitnehmer müssen Einigkeit demonstrieren und geballt dafür einstehen, eine deutliche Lohnerhöhung zu erzielen. Jeder einzelne Arbeitnehmer sorgt auf seiner Dienststelle dafür, dass sich der Vollzug um die Sicherheit der Bürger kümmern kann und das muss sich bei dieser Lohnrunde beim Gehalt widerspiegeln“, so Karin Peintinger, die für Tarif zuständige stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Bayern. Ver.di und die



Demonstrationen und Aktionen in Bayern... Foto: Markus Wimmer



...in Bremen

Foto: GdP Bremen



...in Hamburg

Foto: Jörn Clasen

GdP hatten ihre Mitglieder zu einem ganztägigen Warnstreik am 14. Februar aufgerufen. Zur gemeinsamen Abschlusskundgebung waren auch alle Beamten zur Teilnahme in ih-

rer Freizeit aufgefordert. An einem bayernweiten Aktionstag beteiligten sich rund 600 Länderebeschäftigte.

### Bremen

Ebenfalls für den 14. Februar rief der GdP-Landesbezirk Bremen zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Zugleich gab es Informationsveranstaltungen für die Mitglieder zum Thema Tarifverhandlungen.

### Brandenburg

Wie immer unterstützte der GdP-Landesbezirk das „Empfangskomitee“ der Gewerkschaften vor jeder Runde am Eingang des Verhandlungshotels in Potsdam und begrüßte die eintreffenden Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite mit Protestrufen und Transparenten.

### Berlin

Mit einer Demo von der Philharmonie zur Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin eröffnete der GdP-Landesbezirk sein Aktionsprogramm zur diesjährigen Tarifrunde. Bei der ersten Begegnung mit den Verhandlungsführern der Gewerkschaften bekam die Arbeitgeberseite am 18. Januar durch den lautstarken Protest einen Eindruck von der Stimmung unter den Beschäftigten. Präsenz zeigten die Berliner Kolleginnen und Kollegen auch an den Warnstreiktagen, die am 14. Februar ihren Höhepunkt fanden.



## TARIFVERHANDLUNGEN



...in Sachsen-Anhalt Fotos: Jens Hüttich

### Bundespolizei

Solidarisch zeigte sich der GdP-Bereich mit den Kolleginnen und Kollegen der Länder. Abordnungen verstärkten die Demonstrationen in Mainz und Kiel.

### Hamburg

Am 9. Februar hatten sich 3.500 Kolleginnen und Kollegen auf dem Domplatz versammelt, um unmissverständlich klar zu machen, dass sie von ihrem Arbeitgeber endlich ein Angebot erwarten. Bereits am 27. Januar zeigten die Kolleginnen und Kollegen der GdP vor dem Besenbinderhof ihre Entschlossenheit, für ein gutes Tarifergebnis zu kämpfen. Es folgten zahlreiche Aktionen in der Innenstadt und der Aufruf zu einem ganztägigen Warnstreik. Dazu hatte der GdP-Landesbezirk auch sein „mobiles Streikbüro“ in Stellung gebracht.

Gerhard Kirsch, GdP-Landesvorsitzender, betonte: „Unsere tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen halten den Laden am Laufen. Ob im Landesbetrieb Verkehr oder im Haus Polizei – überall leisten sie herausragende Arbeit. Die Beanspruchung der Kolleginnen und Kollegen nimmt allerorten weiter zu – deshalb wollen wir keine warmen Dankesworte mehr hören, sondern deutlich mehr im Geldbeutel sehen. Im Übrigen setzen wir das Versprechen des Bürgermeisters zur inhalts- und zeitgleichen Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten als gegeben voraus!“

### Hessen

Am 8. Februar beteiligten sich die Kolleginnen und Kollegen des GdP-Landesbezirks an einem ganztägigen zentralen Warnstreik mit zentraler

Abschlusskundgebung in Wiesbaden. Das Bundesland gehört nicht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) an. Am 27. Januar begannen dort die Tarifverhandlungen zum TV-Hessen im Innenministerium in Wiesbaden.

### Niedersachsen

Über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter hunderte Kolleginnen und Kollegen der GdP, demonstrierten am 9. Februar vor dem Finanzministerium in Hannover lautstark und kämpferisch für die Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Tarifrunde für die Beschäftigten der

die Tarifverhandlungen mit „Aktiven Mittagspausen“ in Polizeibehörden und Polizeiinspektionen unterstützt.

### Saarland

Zahlreiche Aktionen und eine Großdemonstration gab es am 8. Februar auf dem Theatervorplatz in Saarbrücken.

### Sachsen

Kundgebung im Rahmen einer Warnstreikaktion vor dem Sächsischen Finanzministerium in Dresden am 8. Februar.

### Sachsen-Anhalt

Zentrale Kundgebung auf dem Alten Markt am 14. Februar.

### Rheinland-Pfalz

Die dortigen Kolleginnen und Kollegen riefen zu Warnstreiks und einer Demonstration am 8. Februar gemeinsam mit ver.di, GEW und IG BAU



und in Hannover.

Foto: Holecek

Länder. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und GdP-Landeschef Niedersachsens, Dietmar Schilff, mahnte Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, der bei den Verhandlungen die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) anführt, endlich ein verhandelbares Angebot auf den Tisch zu legen. Die Beschäftigten hätten die Nase voll, weiter hingehalten zu werden. Abspeisen, so Schilff weiter, würden sie sich jedenfalls nicht. Auch in diesem Bundesland hatte der GdP-Landesbezirk

auf „Aktive Mittagspausen“ fanden in allen Dienststellen, Präsidien, bei der Hochschule der Polizei und der Zentralstelle für Polizeitechnik statt.

### Schleswig-Holstein

Demonstrationszüge in der Landeshauptstadt und in Lübeck mit Kundgebungen.

### Baden-Württemberg

Zahlreiche GdP-Mitglieder beteiligten sich an Kundgebungen in Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe.



# Osmanen Germania: „Möchtegern-Rocker“ oder neue Größe der Unterwelt?

Dr. Dorothee Dienstbühl und Jaklin Chatschadorian

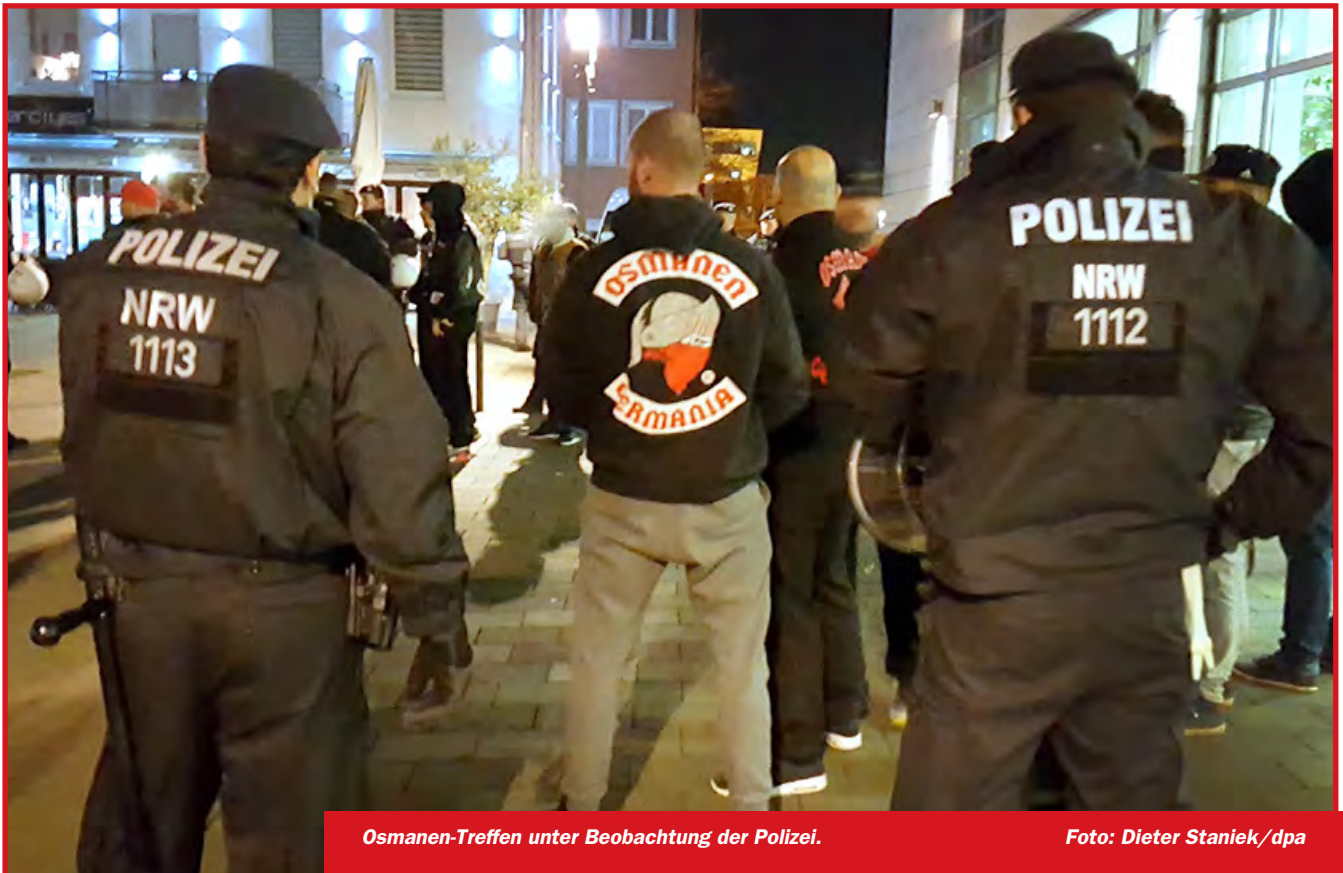
**Sie drängen mit aller Macht in die Öffentlichkeit und zelebrieren den Widerspruch – die Osmanen Germania. Durch ihr rasantes Wachstum, durch Aufmärsche und ihre Verbindungen in die türkische Politik sorgt die als rockerähnlich geltende Gruppierung für Aufsehen. Seit der offiziellen Gründung im April 2015 baute der Box-Club bundesweit rund 20 Chapter auf. Diese Entwicklung ist umso mehr besorgniserregend, da sie nicht nur neue gewalttätige Auseinandersetzungen zu anderen Clubs forcieren, sondern neben einem monetären Interesse mitunter eine türkisch-nationalistische Ideologie leben.**

## Wer sind die Osmanen, und was wollen sie?

Gründer der Osmanen sind Mehmet Bagci (World-Presi-

dent) und Selçuk „Can“ Sahin (Vice-President), der früher bei den Hells Angels aktiv gewesen sein soll. Laut eigenen Angaben wollen sie mittels Boxsport „junge Menschen von der Straße“ und „aus der Kriminalität ho-

len“, „weg von Drogen und Alkohol“ und für sie eine Arbeit besorgen. Man wolle „geben und nicht nehmen“. Das klingt zunächst nach einer Mischung aus Edelmut und sozialpädagogischem Eifer. Dass auf ihren Kutten und sonstigen Bekleidungsstücken erscheinende Motto KANA KAN (= Blut für Blut) deutet womöglich auf eine ganz andere Interpretation hin. Auch die avisierte Arbeitstätigkeit muss hinterfragt werden: Regelmäßig besteht diese aus sehr ungenau definierten Tätigkeiten im „Security-Gewerbe“. Der Aufbau der Clubs in den Orten ist denen anderer Rockerclubs entlehnt und weist in Strukturen und soziologischer Zuordnung keine bedeutenden Unterschiede



Osmanen-Treffen unter Beobachtung der Polizei.

Foto: Dieter Staniek/dpa





auf. Wie bei Rockergruppen üblich, ist auch hier eine feste Hierarchie zu beobachten.

### Struktur

- **Präsident und Vize-Präsident: Leitung der Chapter beziehungsweise Clubs**
- **Sergeant at Arms: Überwacht Einhaltung der Clubregeln**
- **Road Captain: Organisiert Ausflüge und „Ausfahrten“, allerdings nicht mit Motorrädern, sondern vor allem mit teuren Autos oder auch das sogenannte „Show-Laufen“**
- **Secretary: Erledigt notwendige Büroarbeiten**
- **Treasurer: Verwaltung der Club-Kasse**
- **Member: Vollwertige Mitglieder mit Stimmrecht**
- **Prospects: Anwärter auf die Mitgliedschaft**
- **Hangarounds: Interessenten, die Prospects werden möchten**

Die Hierarchie und die dazugehörende Disziplin samt Regelwerk sichern die Funktionsfähigkeit der Vereinigung. Es geht wie auch in funktionierenden Wirtschaftsunternehmen um einen internen Wettbewerb: Leistung und Selbstinitiative zeigen, sich messen lassen. Anwärter müssen sich über verschiedene Ebenen und einen individuell definierten Zeitraum hocharbeiten, um sich für die Aufnahme als Vollmitglied würdig zu erweisen. Fehlverhalten wird gerügt, Gehorsam sichert den Aufstieg. Aufnahmezerimonien und Machtpräsentationen gehören zum Standardrepertoire. Man möchte sichtbar sein, provozieren, Reviere markieren, gleichzeitig aber bei offiziellen Treffen anstandslos durch die Polizeikontrollen kommen, um unnötigen Ärger zu vermeiden und die Opferrolle der staatlich verfolgten Sündenböcke zu pflegen.

Solche Rockergruppen verfügen über ein gut strukturiertes Management. Bestimmte Informationen erhalten nur die oberen Führungskräfte, Befehle werden direkt an die ausführende Gruppe kommuniziert. Es gibt dank der vielen Möglichkeiten im Internet unterschiedliche Kommunikationsebenen, wie einen eigenen Sergeant-Chat.

### Aggressive Expansionspolitik

Auffällig ist das rasante Wachstum der Osmanen. Mit dem Konzept

einer Art Franchisesystem werden Wachstum und Einnahmen garantiert. Vereinsfarben, die Inszenierung des Namens zu einem Logo, ein geschaffenes Image und stets das Auftreten in Personenmehrheit sind wesentliche Elemente und verbinden sich zu einem Markencharakter. Mitglieder rekrutieren ihrerseits aktiv Prospects. Das Konzept scheint bislang zu funktionieren, die Zahl der Kuttenträger im Box-Club steigt. Folglich muss es attraktiv sein.

Nach eigenen Aussagen der Osmanen ist die Vermittlung von Jobs in der Security-Branche ein Hauptgeschäftsfeld der Gruppierung. Tatsächlich stammen viele der Gründer und Älteren der Vereinigung aus der Türsteher-Szene, mit entsprechender Vergangenheit. Nach Recherchen von Journalisten sollen die Osmanen gerade durch diese Attitüde und einem bereits bestehenden Netzwerk, schon vor offizieller Gründung, Aufträge im Bereich Personenschutz wahrnehmen; für Vertreter aus Politik und Gesellschaft, von Migranten- und Religionsverbänden sowie anderen Vereinigungen. Die Verbindungen reichen bis zu politischen Vertretern des türkischen Staates. Somit handelt es sich bei den Osmanen Germania keineswegs nur um einen Box-Club, in dem es lediglich um Sport und Freundschaft geht, wie die Mitglieder so gerne betonen.

Das politische Moment lässt sich durch die Namensgebung erahnen. Deutlicher wird es, wenn man die Äußerungen zu politischen Themen in den sozialen Netzwerken betrachtet. Zum Putschversuch in der Türkei erklärt ein Kuttenträger der Osmanen auf seinem Facebook-Profil: „Wenn es nötig ist, sterben wir alle für diese Nation, aber einen Putsch lassen wir nicht zu“.

### Verbindung zur Politik

Ein kurzer Blick nach Hamburg. Für den Bereich Norddeutschland ist der Diplom-Betriebswirt Müslüm „The Shark“ Cavas im Namen der Osmanen Germania verantwortlich. An seiner Person zeigt sich die Verbindung zur türkischen Politik ebenso deutlich wie zur Politik in der Bundesrepublik. Cavas äußert sich regelmäßig über soziale Medien und postet Bilder von sich in der Moschee via Facebook. Er betont seine Vorliebe für eine friedliche



*DP-Autorin Jaklin Chatschadorian ist Rechtsanwältin und seit 2004 im Bereich Ausländer- und Asylrecht und Strafrecht tätig. 2015/2016 hatte sie den Vorsitz des Zentralrates der Armenier in Deutschland e.V. Seit 2009 ist sie im Bereich Integration politisch aktiv und seit 2014 im Integrationsrat der Stadt Köln als stellvertretende Vorsitzende des Gremiums. Sie beschäftigt sich mit den Erscheinungsformen von Rassismus, der von Migranten ausgeht (von Integrationsverweigerung bis Ausländerextremismus). In diesem Zusammenhang ist die Autorin seit geraumer Zeit für verschiedene Medien publizistisch aktiv.*

*Foto: privat*

Welt, spricht aber auch gleichzeitig von den „Kinder Mördern Russland und Israel“. Einerseits ist er Mitglied der AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi = Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), der 2001 gegründeten Partei des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan, und steht nach eigenen Aussagen in einem engen Verhältnis zum Bürgermeister der Hauptstadt Ankara, der regelmäßig durch nationalistische und rassistische Äußerungen auffällt. Nach Kritik äußert er mittlerweile persönliches Hader mit der Situation in der Türkei.

Anfang 2015, während des Wahlkampfes zur Hamburger Bürgerschaft, gilt Cavas gegenüber der deutsch-türkischen Wählerschaft als Wahlkampfmanager von Nebahat Güçlü, Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Hamburg. Sie geriet unlängst wegen ihrer Nähe zu den vom Verfassungsschutz in der Rubrik Ausländerextremismus eingeordneten Grauen Wölfen in die Kritik. Seitdem ist die Hamburger Abgeordnete in regelmäßigen Abständen an der Seite von Cavas zu sehen. Im November 2016 berichteten verschiedene Medi-



en, unter anderem „Welt online“, über diese Verbindung. Cavas und Güclü dementierten strategische Verbindungen zwischen Politik und Osmanen Germania. Des Weiteren betonten beide, keinerlei Neigung zu nationalistischen Tendenzen zu haben. Am Beispiel Cavas' zeigen sich die politischen Ambitionen von Mitgliedern der Osmanen Germania, insbesondere die Etablierung türkisch-nationalistischer Interessen auch in Deutschland. Damit sollte auch die immer wieder betonte angebliche soziale Ader hinterfragt werden.

Der National-Islamismus türkischer Prägung eint die schnell gewachsene und sehr heterogene



Starker Bezug zur türkischen Heimat.

Foto: Paul Zinken/dpa

Gruppenstruktur. Es geht sowohl um die „üblichen Rocker-Geschäfte“, als auch um politische Interessen. Security-Aufträge, die die Bewachung von nationalistischen Veranstaltungen, zum Beispiel einer Demonstration in Wien, organisiert von der UETD, der Union Europäisch-Türkischer Demokraten, die im Dienste des türkischen Staatspräsidenten steht, runden dieses Bild ab. Mit solchen Bildern, die ebenfalls über die Osmanen selbst in sozialen Netzwerken gepostet wurden, dokumentieren sie ihre bereits eingenommene Position und ihre Verbindungen.

### Machtdemonstrationen und übersteigerte Ehr-Attitüde

Bei Aufmärschen in Duisburg und Neuss im Januar 2016 werden zahlreiche Mitglieder als bereits polizeibekannt registriert. Etwa 70 Prozent der durch die Polizei identifizierten Mitglieder sind wegen Körperverletzung- und Betäubungsmittel-Delikten in Erscheinung getreten. Somit han-

delt es sich regelmäßig um Personen, die Kriminalitätserfahrung und einen Hang zur Gewalt besitzen. Diese „von der Straße holen“ zu wollen ist damit zunächst erstmals nicht unplausibel. Doch gerade Gewalt wird innerhalb der Osmanen keineswegs stigmatisiert, sondern vielmehr inszeniert und als Machtmittel legitimiert.

Um Macht und regelrechte Eroberung dreht sich alles bei den Osmanen. Ihr Ziel definieren sie in eigens produzierten Werbevideos und Musikclips sehr klar: „Wir kommen und übernehmen das ganze Land“. Mit dieser Aussage konfrontiert, rudern sie in Interviews zurück, es ginge lediglich um den Boxsport. Nachdem 2014 mit der Einrichtung der „Osmanischen Sportclubs“ begonnen wurde, verkündete man am 6. Juli 2015 auf der nagelneuen Facebook-Präsenz den gleichzeitigen Start von zehn Chaptern so: „Wir eröffnen einen Box-Club nach dem anderen, in jeder großen Stadt Deutschlands. Der Box-Club ist ein Vorstand-Chapter, in dem nur Vorstände von den einzelnen Städten vertreten sind.“ Um ihre Vereinsziele zu kommunizieren wählen sie musikalische Unterhaltungen als Rap-Songs mit expliziten Texten: „Deutscher, gehst du in die Diskothek – Osmanen machen jetzt die Tür – doch nicht so wie der Cassius Clay – Frontalangriff, hast jetzt kapiert?“ Während in Deutschland mittlerweile schon rund 20 solcher Box-Clubs eröffnet wurden und weitere geplant sind, existieren Ableger in der Schweiz, in Österreich, Schweden und in der Türkei.

Noch ein weiterer Aspekt fällt an den Osmanen Germania auf. Während andere Rockergruppen häufig bemüht sind, sich von extremistischen Inhalten abzugrenzen, zeigt sich dazu hier bei dem Osmanen Germania Box-Club ein sehr ambivalentes Bild. Obwohl man auf Facebook-Präsenzen, beispielsweise der Osmanen Germania (OG) Stuttgart, die Herkunft, Ethnie oder Religion als gleichgültig betont – wie auf einem Facebook-Post vom September 2015 – beweisen sowohl Aktivitäten, Rap-Texte und auch Symboliken das Gegenteil. In einem ebenfalls auf einer Facebook-Präsenz einer Osmanen-Gruppe hochgeladenen Video beschwört der Songtext das „osmanische Blut“, zeigt das Wappen der Mitglieder über ganz Deutschland und propagiert



DP-Autorin Dr. Dorothee Dienstbühl

Foto: privat

in diesem Zusammenhang die Zahl 1453, die mehrfach erwähnt vermutlich auf das Jahr der Eroberung Konstantinopels hinweist. Noch expliziter wird es, als ebenfalls über Facebook eine türkisch-nationalistische Demonstration in Frankfurt beworben wird. Via des sozialen Netzwerkes lässt sich bei Männern, die sich den Osmanen zugehörig fühlen, häufig erkennen, dass sie Sympathisanten des umstrittenen türkischen Präsidenten Erdogan sind, Kontakte zu Anhängern der Grauen Wölfe unterhalten, wenn nicht gar selbst deren Symboliken nutzen.

### Einschätzung des Gefährdungspotenzials

Es handelt sich bei den Mitgliedern der Osmanen Germania mitnichten um eine homogene Gruppierung, ganz im Gegenteil. Das rasante Anwachsen und die Präsenz in ganz unterschiedlichen Orten sind der Heterogenität der Gruppe geschuldet. Mitglied zu werden war gerade während der Gründungsphase verhältnismäßig einfach, und ist es vermutlich noch immer – im Gegensatz zu etablierten Clubgrößen wie des Hells Angels MC oder den Bandidos, in denen man sich zum Teil jahrelang hochdienen muss. Dies nährt den Eindruck, dass die Box-Clubs nicht „von unten“ gewachsen sind, sondern mit Konzept, ausreichendem Startkapital und Manpower lediglich eingerichtet wurden. Die Widersprüchlichkeiten erschweren es, das Phänomen Osmanen Germania zu verstehen. Sicherheitsbehörden beobachten sie genau und schätzen sie als kriminalrelevante und aggressive Akteure ein.



## Die Gefährlichkeit dieses Phänomens besteht in mehrerer Hinsicht:

### 1. Komplexes Gefüge aus Feindschaften und Kooperationen innerhalb des Rockermilieus:

Die Rockerlandschaft in Deutschland wird zunehmend unübersichtlich. Beispielsweise das Verhältnis zwischen den Hells Angels und Osmanen ist widersprüchlich: Einerseits gibt es Abgrenzungen, Provokationen, Kampfansagen, andererseits bestehen Freundschaften zwischen den jeweiligen Clubmitgliedern. In den ersten Monaten ihres Erscheinens wurden sie zunächst sogar als ein Ableger der Hells Angels betrachtet, was vom Präsidenten und Gründer Mehmet Bağcı vehement dementiert wurde. Dennoch ist das Verhältnis und die Nähe zu

werden mit der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Verbindung gebracht. Auch daran zeigt sich, dass es diesen Gruppierungen nicht nur um typische Geschäftsfelder von Rockerclubs geht, die mit organisierter Kriminalität in Verbindung mit dem Nachtleben gut zu umschreiben sind.

**2. Nationalismus:** Zwar streiten führende Mitglieder nationalistische Tendenzen immer wieder ab, tatsächlich treten solche jedoch immer wieder zutage und reichen mithin bis zum Rechtsextremismus, wie zuvor bereits dargestellt. Die Verschmelzung mafioser mit extremistischen Strukturen stellt ein ganz eigenes Bedrohungspotenzial dar, da sie beiden kriminellen Interessen einen gemeinsamen

Denner bietet und sie sich gegenseitig stärken können. Die Verbindung zwischen türkischen Nationalisten, vor allem der extremen Grauen Wölfe, und den Osmanen zeugt von gegenseitigem Respekt. Auf Facebook wird die Zusammenkunft zwischen Bağcı und einem nationalistischen Funktionär Serdar T. in der Türkei vom 30.

September 2016 mit einem Foto unter dem Wappen des Osmanischen Reiches und einem besonderen Gruß auf Türkisch dokumentiert: Dabei bedankt sich Serdar T. für die Mühen der Osmanen rund um 15. Juli 2016 – dem Tag des Putsches in der Türkei – und bezeichnet die Osmanen als „türkiyenin almanyadaki askerleri“ (= Soldaten der Türkei in Deutschland) und bittet mit „Allah yardimcileri olsun“ um göttliche Unterstützung für den Box-Club.

**3. Ehrattitüde:** Die Attraktivität der Osmanen liegt nicht zuletzt in ihrem elitären Gehabe, das sehr eng mit einem patriarchalischem Ehrverständnis verknüpft ist. Die tradierte Denkweise, nach der die Ehre (Namus) von Geburt an gegeben ist, wird noch weiter durch die Zugehörigkeit zum Box-Club stilisiert. Daraus resultiert auch, dass sich Ehrverletzungen gegen den Club und

„gegen die Kutte“ zwangsläufig gegen die persönliche Ehre richten und Gewaltanwendungen zur Ahndung somit gerechtfertigt und zwingend sind. Ehre basiert somit nicht auf persönlichem Verdienst durch eigene Leistungen, sondern auf Zugehörigkeit. Auch der Stolz auf das „Osmanische Blut“ wird im Tenor der Rassenlehre beschworen, Türken, insbesondere „Brüder“ einer Elite zugerechnet.

**4. Inszenierung von Gewalt:** Um Macht zu demonstrieren bedarf es neben der Personenstärke auch der konsequenten Demonstration von Durchsetzungswillen. Für diesen Zweck eignen sich Drohung und Anwendung von Gewalt. Um die Gewaltbereitschaft und damit den Machtanspruch zu zeigen wird die in den bereits angesprochenen Videoclips zelebriert. Somit handelt es sich nicht lediglich um Werbefilme, die das „Bad-Boy-Image“ fördern sollen, sondern um Ansagen und Drohgebärden.

### 5. Verbindungen und Netzwerke:

Nach Recherche des Magazins „Der Spiegel“ unterhalten Akteure der Osmanen Germania Verbindungen zum türkischen Geheimdienst MIT. Dieser soll sehr aktiven Einfluss auf den rapide wachsenden Rockerclub ausüben. Dies würde auch die politische Ausrichtung vorsitzender Mitglieder des Box-Clubs erklären und sie somit in unmittelbare Nähe türkisch-nationalistischen Organisationen rücken. Dieser Eindruck deckt sich erneut mit Beobachtungen, die via Facebook zu machen sind: So agitierten Anhänger der Osmanen Germania neben solchen der Grauen Wölfe auf Pro-Erdogan-Demonstrationen in Köln und anderen deutschen Städten sowie im Internet aggressiv gegen kurdische Gruppen und vermeintliche Anhänger der Gülen-Sekte. In der türkischen Tageszeitung „VATAN“ wird mittlerweile von einer direkten politischen Steuerung der Osmanen Germania in Deutschland aus der Türkei gesprochen.

## Sprache der Osmanen dokumentiert Feindbilder

Die in sozialen Netzwerken zu politischen Themen benutzte Sprache der Osmanen Germania fügt sich in das Muster der in der deutschen Politik agierenden National-Islamisten ein. Der Anschein, um Frieden bemüht zu



Sind die Osmanen die „Fünfte Kolonne“ Erdogans?

Foto: Paul Zinken/dpa

den Nomads Turkey unter Necati Arabacı alias „Neco“, dem Präsidenten der türkischen Hells Angels, interessant. Diese besteht von Beginn an. Die Freundschaft zwischen Mehmet Bağcı und Aygün Mucuk, der Präsident der Gießener Hells Angels, wird bewusst offengelegt; bei Treffen lassen sie sich gemeinsam fotografieren. Als Mucuk am 7. Oktober 2016 erschossen aufgefunden wird, kondolieren einige Chapter der Osmanen, beispielsweise Stuttgart, mit sehr viel Anteilnahme und persönlichen Worten. Neben solchen Verflechtungen existieren offene Feindschaften, wie zu den ebenfalls erst neugegründeten (2016) und „rockerähnlichen“ kurdischen „Bahoz“ (= Sturm), die Konfrontationen und Gewalteskalationen befürchten lassen. Die Polizei konnte im vergangenen Jahr ein Aufeinandertreffen in Hanau noch rechtzeitig abwenden. Die Bahoz



sein, wird vor allem rhetorisch aufrechterhalten. Mehmet Bagci wendete sich im Sommer 2016 mit einer klaren Ansage zu dem Verhältnis zwischen Kurden und Türken in den sozialen Medien an seine Öffentlichkeit. Nachdem er mitteilt, dass er je zur Hälfte Kurde und Türke sei und alle Völker und Religionen respektiere, erklärt er, dass die Polizei sich, bei einer bestimmten Gelegenheit, auf die Seite der rivalisierenden Gruppe der (kurdischen) Bahoz gestellt habe, damit diese von den (türkischen) Osmanen nicht geprügelt würden.

Bereits hier baut Bagci eine nationalistische Kulisse im Sinne Erdogans auf: Deutsche Behörden stehen auf der Seite kurdischer Verbrecher respektive Terroristen, während sie sich aber völlig ungerechtfertigt gegen die Türken aufstellen. Sodann betont er, gerade als Kurde stolz auf die türkische Flüchtlingspolitik zu sein, weil sehr vielen kurdisch-stämmigen Syrern Zuflucht gewährt worden sei. In Kongruenz zum Narrativ des türkischen National-Islamismus wird die gegenüber (bestimmten) Kurden bestehende Vernichtungsabsicht des türkischen Staates zunächst unterschlagen. Spiegelbildlich dazu spricht Bagci der PKK ab, das kurdische Volk zu vertreten und deutet auf die Heldenfigur der Kurden Abdullah Öcalan mit ausgestrecktem Zeigefinger. Dabei greift er auf die türkisch-nationalistische Legende zurück, Öcalan sei eigentlich ein (halb-)Armenier. Auch hier ist er wieder bei dem alten, neuen Feindbild des national-islamistischen Türken, bar jeder Faktenlage. Auf diese in Frieden gehüllte Hetze gegen Außenstehende, Kurden, Armenier, Nichttürken reagieren die Anhänger erwartungsgemäß: „Bruderherz“, „Resbeckt“, „natürlich kann man Kurde sein, ohne die PKK zu unterstützen“ oder „...am Ende sind wir alle gleich... ein Gott...eine Seele“.

Wie ernst die Sicherheitsbehörden das Phänomen Osmanen Germania nehmen, zeigte sich im vergangenen November: In mehreren Bundesländern durchsuchten rund 1.500 Polizeibeamte Objekte der Rocker und beschlagnahmten dabei Waffen, Munition und Drogen.

Verfahren zur Organisierten Kriminalität im Bereich der Rockerkriminalität nehmen insgesamt zu

und stellen Polizei und Justiz vor eine Herausforderung: Aufgrund dessen, dass sämtliche Akteure sich und ihre Clubs über geltendes Recht stellen, gibt es trotz erbitterter Kriege bis hin zu Tötungsdelikten untereinander, wie mutmaßlich auch im Fall des ermordeten Aygün Mucuk, keine Kooperation mit der Polizei. Kommt es aufgrund polizeilicher Ermittlungen doch zu Gerichtsverfahren, schweigen die Beteiligten oder bedrohen Richter und Staatsanwälte, wie Necati Arabaci im Jahr 2003 eindrucksvoll demonstriert

im öffentlichen Raum, das Risiko der langfristigen Destabilisierung dieser Gruppen. Die Null-Toleranz-Strategie und die engmaschigen Kontrollen der Polizei, insbesondere bei deren Veranstaltungen und sogenannten Show-Laufen als Provokationsstrategie sind richtig und wichtig.

Der Drang, wahrgenommen zu werden und sich zu präsentieren, bietet gute Möglichkeiten, die zunächst unübersichtlichen Strukturen besser nachvollziehen zu können. Ge-



Rund 1.000 Türken, darunter Vertreter der Osmanen Germania, demonstrieren in Berlin gegen die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages. Foto: Paul Zinken/dpa

hat, der während seiner Inhaftierung die Ermordung des leitenden Oberstaatsanwaltes in Auftrag gab.

### Chancen für die Sicherheitsbehörden

So kompliziert die Strukturen zunächst erscheinen: Sie zeugen von einem sehr unterschiedlichen Organisationsgrad innerhalb der Clubs. In der Heterogenität liegt sowohl das enorme Wachstumspotenzial, als auch die Gefährdung von Zersplitterung und internen Streitigkeiten. Dies zeigt sich beispielsweise an der Nähe zu einem Teil der Hells Angels einerseits und zur Feindschaft zu anderen Teilen andererseits. Diese Konstellationen bergen neben dem Gefährdungspotenzial gegenseitiger Gewalteskalationen, möglicherweise auch

rade soziale Netzwerke wie Facebook und Plattformen wie YouTube bieten diesbezüglich Möglichkeiten. Die Verbindungen zu türkisch-nationalistischen und islamistischen, insbesondere salafistischen Strömungen, lassen sich beispielsweise recht gut in den sozialen Netzwerken nachverfolgen. So konnte festgestellt werden, dass der bekannte Wuppertaler Teenager-Salafist Saif Eddine C. (16) in einem Box-Club der Osmanen trainiert, sich mit Mitgliedern auch ablichten lässt und Osmanen in seiner Facebook-Freundesliste hat. Auch die Verbindungen zu den türkischen Nationalisten der Grauen Wölfe und die Nähe und Befürwortung zur Politik Erdogans werden Facebook-Profilen, dort eingestellten Fotos und Freundeslisten deutlich. Und sie zeigen, dass sich zuweilen auch Deutsche ohne türkischen Migrationshintergrund, Albaner, Iraner oder



# KRIMINALITÄT



Die sogenannte „Wolfsschnauze“ ist das Symbol der häufig als rechtsextrem bezeichneten türkisch-nationalistischen „Grauen Wölfe“. Foto: Ulrich Perrey/dpa

Syrer zu dieser Szene hingezogen fühlen und gleichzeitig den Führerkult um Erdogan vertreten.

Noch immer geht es darum, die Strukturen nachvollziehen zu können. Die zahlreichen Verbindungen in extremistische Gefüge sowohl zum türkischen Rechtsextremismus, in türkische Regierungskreise, als auch zu islamistischen Akteuren können nicht nur von Polizeikräften aus den Bereichen Organisierte Kriminalität/Wirtschaftskriminalität aufgearbeitet werden. Hierzu bedarf es übergreifender Ermittlungsgruppen mit Expertisen aus dem Staats-



Das Logo der AKP, Partei des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan. Foto: Emrah Gurel/dpa

schutz und einer stets aktualisierten Aufbereitung relevanter Informationen, die über soziale Netzwerke und Online-Plattformen gewonnen werden können.

## Ausblick

Die Osmanen Germania leben von ihren Kontakten und vom Widerspruch: Einerseits dementieren sie nationalistische Interessen, andererseits sprechen ihre Videos, ihre Parolen und ihre Verbindungen sowohl zu den Grauen Wölfen als auch zur Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) eine andere Sprache. Einerseits betonen sie, sie seien keine Rocker, andererseits treten sie sowohl von der Struktur als auch vom Erscheinungsbild genauso auf. Einerseits heben sie ihre sozialen Ambitionen hervor, um jungen Menschen Alternativen zu bieten und sie mittels Sport von Drogen, Alkohol und Gewalt loszubringen, andererseits werden die Mitglieder gerade mit Gewalt- und Betäubungsmittel-Delinquenz in Verbindung gebracht.

Die Osmanen werden die Polizei noch einige Jahre beschäftigen. Ob sie ein Phänomen sind, dass sich aufgrund der starken Heterogenität in den Chapters und daraus resultierendem Streitpotenzial selbst wieder auflöst oder ob sie sich zu einem langwierigen Akteur in der Rockerszene entwickeln: Es ist ein Sammelbecken sowohl für Personen mit krimineller Energie, die möglicherweise bei anderen Outlaw Motorcycle Clubs (OMC) nicht landen konnten, für frustrierte Überläufer aus dieser Szene, aber auch für türkische Nationalisten mit faschistischem Gedankengut. Ihre Expansionspolitik ist aggressiv, weitreichende Strukturen sind bereits geschaffen. Das Gefährdungspotenzial ermisst sich nicht am Intellekt des Einzelnen und auch nicht an einer ungemein ausgefeilten wie innovativen Unternehmenstaktik, sondern in der gewaltbereiten Masse, die mangels attraktiver Alternativen leicht zu rekrutieren ist. Elitäres Anspruchsdenken und überzogener Ehrkult finden im Konzept „Osmanen Germania“ ein lukratives Versprechen und in den örtlichen Chapters ein Miteinander und ein Zuhause. Die immer wieder kommunizierten Ambitionen der Osmanen Germania, „Jugendliche von der Straße holen“ zu wollen, klingt unter diesen Vorzeichen weit weniger nach sozialem Gewissen, sondern nach einer Kampfansage.

**COP® SPECIALS**  
März / April 2017  
\*\*Gültig vom 20.02. bis 30.04.2017

**MIT SHOPS IN BERLIN  
FRANKFURT · LEIPZIG  
MÜNCHEN · WIEN**

**1 Einsatzstiefel Original S.W.A.T.®**  
**1152 Side Zip**  
Art.-Nr. 811152-Größe  
Farbe: schwarz  
Größen: 38 - 48 (US 6 - 14)  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 629 g  
Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination  
Einsatzstiefel mit SchnellEinstieg durch YKK Seitenreißverschluss.

**AKTIONSPREIS\*\* € 99,90**  
statt 129,95\*

Größe EU 6 7 7,5 8 9 10 11 11,5 12 13 14  
Größe US 38 39 40 41 42 43 44 44 45 46 47 48

**2 Handschuh COP® SGX2 TS**  
Art.-Nr. 320SGX2TS-Größe  
Größen: XXS - 3XL; Farbe: schwarz;  
Material: 50% Synthetikleder, 50% Kunstfaser.  
ARMOR-TEX® schützt die Hand vor Schnittverletzungen. Mit Touchscreen-Funktion in der Spitze des Daumens und Zeigefinger.

**AKTIONSPREIS\*\* € 39,90**  
statt 59,95\*\*\*

EN 388 Abriebfestigkeit: Kategorie 3  
Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
3 5 4 3 Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

**3 Under Armour® „Headline Stretch Fit Cap“ HeatGear® Basecap**  
Art.-Nr. UA12426275G-Größe  
Farbe: schwarz mit grauem Under Armour® Logo  
Material: 96% Polyester, 4% Elasthan  
Größen:  
M/L: (Kopfumfang 56 bis 59 cm)  
L/XL: (Kopfumfang 59 bis 62 cm)  
XL/2XL: (Kopfumfang 62 bis 65 cm)

**AKTIONSPREIS\*\* € 19,90**  
statt 25,99\*

**4 Under Armour® Tactical Kapuzenpullover mit 1/4 Zip Stehkragen AllseasonGear®**  
Art.-Nr. UA12796325-Größe (schwarz)  
Art.-Nr. UA12796320-Größe (oliv)  
Farben: schwarz und oliv  
Größen schwarz: S - 3XL Material:  
Größen oliv: S - XL, 3XL 100% Polyester

**AKTIONSPREIS\*\* € 59,90**  
statt 75,99\*

**5 Under Armour® Original Boxershorts, mit Eingriff, HeatGear® 6“**  
Art.-Nr. UA12772385-Größe  
Farbe: schwarz mit roten Under Armour® Schriftzug am Bund; Größen: S - 2XL  
Material: 90% Polyester, 10% Elasthan  
Eng anliegende Boxershorts mit Eingriff - Beininnenlänge: 6“ = 15 cm

**AKTIONSPREIS\*\* € 15,90**  
statt 19,99\*

**6 SAFARILAND® 577 GLS PRO-FIT 7TS Gürtelholster**  
Art.-Nr. SL577  
Farben: schwarz, beige (FDE brown)  
Material: 7TS (Hartes Nylon-Material)  
Mit der patentierten GLS-Sicherung (Grip Locking System). In 5 Größen mit 7 versch. Gürteldurchlässen erhältlich. (Siehe Internet)

**AKTIONSPREIS\*\* € 59,90**  
statt 79,99\*

**7 SAFARILAND® 578 GLS PRO-FIT 7TS Paddleholster**  
Art.-Nr. SL578  
Farben: schwarz, beige (FDE brown)  
Material: 7TS (Hartes Nylon-Material)  
Mit der patentierten GLS-Sicherung (Grip Locking System). In 5 Größen erhältlich. (Siehe Internet)

**AKTIONSPREIS\*\* € 59,90**  
statt 79,99\*

**8 Streamlight® LED Taschenlampe Stinger® Classic**  
Art.-Nr. 180 75674  
Wiederaufladbare Taschenlampe. C4®-LED mit drei Leuchtfunktionen und Stroboskopfunktion.

**AKTIONSPREIS\*\* € 139,90**  
statt 249,99\*

390 Lumen

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\*Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2017

## Sieben Jahre dauerte die Geburt eines neuen Schutzparagrafen

**Das Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften ist für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein großer Erfolg. Das Bundeskabinett hatte den Entwurf von Bundesjustizminister Heiko Maas Anfang Februar beschlossen. „Mit dem längst überfälligen Gesetz wird ein wirksames Instrument geschaffen, um die steigende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte wirksamer bekämpfen zu können“, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.**

Störungen der Arbeit von Polizisten, Rettungskräften und Feuerwehrleuten an sich. Mittlerweile würden Einsatzkräfte nicht nur bei Demonstrationen mit gewalttätigem Verlauf, sondern auch in alltäglichen Einsätzen angegriffen, selbst dann, wenn sie allgemeine Diensthandlungen vornehmen, die sich nicht gegen Bürger richten.



**Ein mit Farbbeuteln attackierter Polizeibeamter während einer der sogenannten Revolutionären-1.-Mai-Demonstrationen im Berliner Stadtteil Kreuzberg. Foto: Michael Kappeler/dpa**

„Mit dem neuen Straftatbestand, den die GdP bereits seit sieben Jahren fordert, und der darin enthaltenen deutlichen Strafandrohung setzt der Staat ein unmissverständliches Signal, dass er Gewalt gegen die Polizei nicht hinnehmen will“, so Malchow weiter. Das Gesetz sieht vor, tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte schon bei

allgemeinen „Diensthandlungen“ zu bestrafen. „Der neue Schutzparagraf stellt klar, wer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte angreift, muss mit einer Haftstrafe rechnen“, stellte er fest. Dabei soll künftig nicht nur Gewalt bei Vollstreckungshandlungen wie etwa Festnahmen oder Verkehrskontrollen bestraft werden, sondern schon

Die Tatbegehungsform des tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte soll nach den Plänen des Bundesjustizministers aus dem Paragraphen 113 des Strafgesetzbuches (StGB) herausgelöst und in Paragraph 114 StGB als selbständiger Straftatbestand mit verschärftem Strafrahmen (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren) ausgestaltet werden. Der neue Straftatbestand verzichtet für tätliche Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte auf den Bezug zur Vollstreckungshandlung. Damit



## GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE



**Steinwürfe eines Demonstranten: Polizistinnen und Polizisten sind immer öfter Zielscheibe von Gewalt.**  
Foto: Michael Probst/dpa

werden künftig tätliche Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte schon bei der Vornahme allgemeiner Diensthandlungen gesondert unter Strafe gestellt. Darüber hinaus werden die Regelbeispiele für den besonders schweren Fall (Paragraf 113 Absatz 2 Satz 2 StGB) erweitert.

### Spirale der Gewalt

Es war ein weiter Weg. „Dieses Gesetz ist längst überfällig“, so Malchow. Vor mehr als 15 Jahren notierte die GdP, dass sich die Spirale der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte

immer schneller zu drehen begann. Die Fälle häuften sich, in denen Polizeibeamtinnen und -beamte im Dienst angegriffen oder beleidigt wurden – und das nicht nur, wenn sie bei dienstlichen Handlungen massiven Widerstand erfuhren, sondern auch, wenn sie sich lediglich auf einem Dienstgang oder einer Streifenfahrt befanden. Die Kolleginnen und Kollegen, denen das widerfuhr, mussten oft allein damit klarkommen. Anzeigen verliefen oft im Sande, ältere und erfahrene Kollegen rieten gleich dazu, erst gar keine Anzeigen zu erstatten, da sie außer viel Schreibereien nichts erbrächten.

Oft suchten die Betroffenen nach

solchen Vorkommnissen die Schuld bei sich – ähnlich wie Lehrer, die nach Auseinandersetzungen mit gewalttätigen Schülern in ihren Kollegien und bei ihren Schulleitungen Unterstützung suchten, aber lediglich den Rat bekamen, ihr eigenes pädagogisches Konzept zu überprüfen. Auch Polizisten empfanden die Beschämung und Demütigung nach solchen Vorkommnissen oft schlimmer, als die Schmerzen der körperlichen Verletzungen.

Bei einer Trauerfeier für den am 28. Juli 2002 während eines Einsatzes heimtückisch ermordeten 40-jährigen Polizeikommissar Gerd Höllige in Bad Godesberg bei Bonn, prangerte die GdP auch erstmals öffentlich die steigende Zahl von Angriffen auf Polizeibeamte an. Die GdP warnte: „Die Vorstufe zu tätlichen Angriffen auf Polizeibeamte sind Beleidigungen, Bedrohungen bis hin in die Familien der Polizisten und eine zunehmende Respektlosigkeit gegenüber ihrer Amtsausübung. Über unsere internationalen Kontakte wissen wir, dass sich diese Entwicklung auch in den Nachbarländern abzeichnet.“

### „Wenn das Schutzschild zur Zielscheibe wird“

Unter der Überschrift „Wenn das Schutzschild zur Zielscheibe wird“, berichtete DEUTSCHE POLIZEI im Mai 2008 in einer Reportage über den Polizeialltag in einer Duisburger Stadtteil Marxloh erstmals über die Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamte in Migrantenmilieus. Nicht nur in Politik und Öffentlichkeit, sondern auch innerhalb der Polizei schlug der DP-Artikel Wellen in dem erstmals von sogenannten

Anzeige



Mit Kraft ins neue Leben

## AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

- \* Depressionen
- \* Angststörungen
- \* Chronische Schmerzen
- \* Traumafolgestörungen
- \* Burnout
- \* Lebenskrisen
- \* Hochfrequente Therapien
- \* Herzlichkeit und Mitgefühl
- \* Individualität in familiärem Kreise
- \* 60 Betten / 30 Therapeuten
- \* Spezielle Angebote auch für Polizeibeamte



Psychosomatisches Privatkrankenhaus  
beihilfefähig

88339 Bad Waldsee  
0 75 24 990 222 (auch am Wochenende)  
www.akutklinik.de



No-Go-Areas in deutschen Städten die Rede war, was von offizieller Seite zu heftigen Dementis führe.

Der damalige Duisburger Polizeipräsident, Rolf Cebin, bestätigte in einem Interview, dass bestimmte Straße und Plätze gemieden würden, den „ein Teil der ausländischen Jugendlichen und ein Teil junger Deutscher mit Migrationshintergrund (...) offenbar als ihr Revier (betrachten).“ In der folgenden bundesweiten Debatte über die Lage in Problemvierteln warfen Kritiker dem Polizeipräsidenten aber auch der GdP

tete Aktion „AUCH MENSCH“, in der sie auf die wachsende Gewalt, die Missachtung und den fehlenden Respekt gegenüber Polizeibeamten aufmerksam macht. Der Autor Peter Jamin ging mit seinem im GdP-Verlag Deutsche Polizeiliteratur erschienen Buch „Abgeknallt“ auf Leserreise, der dramatischen Geschichte eines Polizisten, Ehemanns und Vater von vier Kindern. Er wird im Dienst als Geisel genommen und niedergeschossen. Mit letzter Kraft versucht er, sein Leben und das seiner Kollegen zu retten. Es



GdP-Kampagne „AUCH MENSCH“  
[www.auchmensch.de](http://www.auchmensch.de)



Im Bahnhof Karlsruhe-Durlach üben Einsatzkräfte der Bundespolizei und der Landespolizei Baden-Württemberg gemeinsam das polizeiliche Einschreiten gegen gewalttätige Risikofangruppen aus dem Fußballmilieu. Foto: Uli Deck/dpa

zu einseitige Fixierung auf Migranten und Dramatisierung vor.

### Forschungsarbeit

Die GdP ließ nicht locker und sammelte Fakten. Januar 2010 startete sie die Aktion „Keine Gewalt gegen Polizei“, mit der auf diese gesellschaftliche Fehlentwicklung hingewiesen wurde. Dazu leistete das kriminologische Forschungsinstitut (KFN) mit der Studie „Gewalt gegen Polizei“ 2010 und 2011 wichtige Forschungsarbeit. Die JUNGE GRUPPE in der GdP startete ihre bundesweit beach-

ist gleichzeitig eine Geschichte über die gefährliche Arbeit von Polizeibeamten in Deutschland. Tagtäglich müssen sie mit Anfeindungen und brutalen Übergriffen rechnen.

Ebenfalls in DEUTSCHE POLIZEI erschien im November 2013 der Leserbrief der Bochumer Streifenpolizistin Tania Kambouri, die aus den Erfahrungen ihres täglichen Berufsalltags unsere Gesellschaft vor einer inneren Zerreißprobe sieht und aktuell die Spannungen zwischen Migranten, Flüchtlingen und Einheimischen als eine der größten sozialen und politischen Herausforderungen weltweit

wertet, gerade dann, wenn auch noch religiöse Weltanschauungen ins Spiel kämen. Die Resonanz auf diesen Bericht war überwältigend. Hunderte Kollegen unterstützten ihren Beitrag und ermutigten sie, ihre Kritik in die Öffentlichkeit zu tragen. Ihr Buch: „DEUTSCHLAND IM BLAULICHT“ stand lange auf den vordersten Plätzen der Bestsellerlisten.

Die Polizeibeamtinnen und -beamten wissen, dass die wachsende Staatsferne, die Missachtung von Regeln und Gesetzen, die sinkende Hemmschwelle, auch schwere Gewalt anzuwenden, sich nicht nur gegen Polizeibeamtinnen und -beamte richtet, sondern gegen jede Person, die eine staatliche oder gesellschaftliche Institution vertritt und Autorität im Rahmen ihrer Aufgaben ausüben muss.

### „Gewalt im Jobcenter“

Auf einer bundesweiten Konferenz trafen sich 303 Personalratsvorsitzende im Juni 2015 in Chemnitz. Deutschlandweit kam heraus: 70 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jobcentern fühlen sich bedroht oder unsicher.

Jeder Vierte gab an, schon einmal Opfer eines Übergriffs geworden zu sein. Uwe Lehmsiek, Bundesvorsitzender der Jobcenter-Personalräte, erklärte: „Die Übergriffe sind in erster Linie verbaler Art, also Beleidigungen, Bedrohungen, selten auch tätliche Übergriffe. Wir hatten aber 2012 in Neuss einen Mord und 2014 einen Todesfall im Jobcenter Rothenburg“. Immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen morgens mit





## GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Angst oder mit Magenschmerzen zur Arbeit, weil sie wüssten, da kommt heute der eine oder andere schwierige Kunde. Lehmensiek sagte: „Sie gehen mit einem Gefühl zur Arbeit, das eigentlich für eine Verwaltung nicht in Ordnung ist. Wir wissen, dass eine solche Belastung Langzeitfolgen haben kann.“ Davon können mittlerweile viele, die ihre Arbeit für die Gesellschaft verrichten, ein Lied singen. Kaum ein Tag vergeht, an dem in Berlin (und sicher auch anderswo) nicht ein verbaler oder tätlicher Angriff auf einen Busfahrer geschieht. Das

medizinische Personal vor allem in Notaufnahmen von großen Krankenhäusern erlebt es täglich, ebenso wie Feuerwehrleute und Rettungskräfte, die ihre Hilfeleistung am Nächsten oft unter Beschimpfungen und Drohungen leisten, oder gar davon abgehalten werden, einen Unfallort zu erreichen. „Wir wissen, wo Du wohnst!“ – ist eine Standarddrohung für alle, die in Bürger- oder Sozialämtern über Leistungen entscheiden und manchmal Zahlungen auch verweigern müssen. Insbesondere die Angehörigen arabischer Familienclans unterstreichen



GdP-Kampagne „AUCH MENSCH“  
[www.auchmensch.de](http://www.auchmensch.de)

mit diesem Satz ihre oft unberechtigten Forderungen an die Allgemeinheit der Steuerzahler.

Die GdP hat nicht geruht, diese und andere Beispiele einer für Staat und Gesellschaft bedrohlichen Entwicklung immer wieder in der Öffentlichkeit anzuprangern. Allein die Tatsache, dass eine Gesetzesverschärfung so viele Jahre brauchte, zeigt, dass die Politik lange ihre Augen davor verschlossen hat.

Deshalb wird die GdP weiterhin nicht ruhen, auf diesen Missstand aufmerksam zu machen und darauf verweisen, dass eine verschärfte Strafandrohung nur ein erster Schritt sein kann. Der Staat sind nicht nur seine Vertreter, das sind wir alle – unser gesamtes Gemeinwesen. Die gesamte Politik darf keine Nachsicht gegenüber Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten üben. **hol**



Berliner Szenen der Gewalt: Ein Demonstrant wirft mit Steinen auf Polizeiwagen und Wasserwerfer.  
Foto: Torsten Leukert/dpa

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

 **Habichtswald-Klinik**  
Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde  
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

**Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit.  
Erfahrung unsere Stärke.**

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) oder gebührenfrei\* unter 0800 890 11 00.

\* aus dem deutschen Festnetz





## Arbeitszeit im Fokus – Schilff: Fremdbestimmung spielt entscheidende Rolle

**Unter dem Motto „#ZEIT ZU GESTALTEN – LEBEN\_ARBEIT\_ZUKUNFT“ diskutierten rund 500 Interessierte, Gewerkschaftsvertreter, Betriebsräte, Arbeitgeber, Sozialpartner und Politiker Mitte Januar auf einer zweitägigen Konferenz zur Arbeitszeit in den Berliner Räumlichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung dieses wichtige Zukunftsthema, nicht nur unter dem Aspekt der zunehmenden Digitalisierung der Arbeit.**

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, sowie der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann stellten zu Beginn der Fachtagung ihre Sichtweisen dar und skizzierten die bisher in ihren Häusern entwickelten Positionen. Im Anschluss fand ein Streitgespräch zwischen zwei Betriebsräten und zwei Arbeitgeber-



Foto: GdP

vertretern interessierte Zuhörer, bevor in vier Foren die Arbeitswelt und -zeit konkret diskutiert wurde.

In dem Forum „Moderne Arbeitszeiten und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit“ erläuterte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff (2. v. l.) praktische Probleme mit der persönlichen Gestaltung der Arbeitszeit in der

Polizei. Dabei spiele die Fremdbestimmung eine entscheidende Rolle, so der GdP-Vize.

Schilff verwies auf die GdP-Beschlüssen sowie auf das GdP-Handout zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement, das notwendige Veränderungen in der Arbeitszeitgestaltung bei der Polizei einfordert. **DS**

## „Man spricht in Brüssel über und mit unserer GdP!“

**Das erste Mal dienstlich in Brüssel zu sein, ist eine mehr als interessante und aufschlussreiche Erfahrung. Die sicherheitspolitischen Aufgaben und die Arbeit der EU Kommission und der General Direktionen sind so umfangreich, wie ich es niemals erwartet habe. Aber wenn diese Aufgaben und die Arbeit so umfangreich sind, wer vertritt dann eigentlich im weit entfernten Brüssel die Interessen von uns deutschen, aber auch allen anderen Polizistinnen und Polizisten?**

### Unsere GdP in Brüssel

Im November war ich dienstlich gut eine Woche in der Stadt und staunte, wie oft ich in dieser Woche auf die GdP traf: Unser Fortbildungsprogramm enthielt einen Vortrag von dem GdP-EU-Beauftragten Jörg Bruchmüller über die internationale GdP-Arbeit. Außerdem traf ich Bremer Kollegen am Rande der GdP-Fachtagung „Gewalt und Fußball in Europa“ und in den Vorträgen der Europäischen Abgeordneten

wurde Bezug zu Stellungnahmen der GdP durch Positionspapiere genommen. Mir war nicht bewusst, wie nah die GdP in Brüssel an den Themen ist, die uns tatsächlich bewegen. Mir war nicht klar, dass wir unsere Positionspapiere übersetzen und an die zuständigen und wichtigen Stellen des europäischen Politsystems richten. Mir war aber klar, dass, wenn

man GdP Kollegen in Brüssel trifft, es gute Diskussionen und kraftvolles gewerkschaftliches Engagement gibt. Ich bin beeindruckt, wo und von wem unsere Gewerkschaft der Polizei dort wahrgenommen und gehört wird. Man spricht in Brüssel über und mit unserer GdP. Weiter so!

**Jochen Kopelke**



GdP-EU-Beauftragter Jörg Bruchmüller (l.) und der Bremer GdP-Landeschef Jochen Kopelke. Foto: GdP





**BLACK EAGLE®  
ADVENTURE 2.0**

# RelACTION

WIR VERSCHENKEN EINE AUSZEIT

## GENUG IM EINSATZ?

Wir verschenken eine Auszeit!

**HAIX® RelACTION: Bewirb' Dich jetzt!**



### BEWERBUNG

mit kurzer Begründung, Kontaktdaten und Foto an:

**black-eagle-relaction@polizeipraxis.de**

Bewerbungsschluss ist der **30. April 2017**

\*Gutschein muss in der Zeit vom **1.6.17-15.8.17** eingelöst werden. Über die Auswahl der Gewinner entscheidet die Jury (HAIX® und Redaktion).

Wir sagen **DANKE** für Eure unzähligen harten Einsätze im vergangenen Jahr. Neben regelmäßigem und gutem **Training** ist auch das richtige **Schuhwerk** entscheidend. Aber nicht nur: fehlen ausreichende Erholungszeiten, sinkt die Leistungsfähigkeit. Eine einfache Rechnung, die im stressigen Berufsalltag leider oft nicht aufgeht.

### Wir schicken Euch in eine Auszeit

Nehmt Eure/n Partner/in mit und bestimmt selbst, wann genau es soweit ist.\* Auf Euch warten zwei exklusive Übernachtungen im paradiesischen Wellness-Hotel Bayerwaldhof in Bad Kötzting. Das familiengeführte Hotel besticht durch seine ruhige Lage inmitten des Bayerischen Waldes, die exzellente Sterne-Küche sowie eine weitläufige Sauna- und Pool-Landschaft. Eine großzügige Park-Anlage lässt außerdem keine Langeweile aufkommen und bietet hervorragende Bedingungen für einen Ausflug – z.B. in **HAIX® BLACK EAGLE® ADVENTURE 2.0!** Begrüßt werden unsere Ehrengäste mit einem stilvollen Sektempfang. Auf dem Zimmer („Bayerwaldstube“) wartet dann eine weitere Überraschung auf die glücklichen Gewinner.

### Weitere Inklusivleistungen:

- > 2x Frühstück
- > 2x Nachmittagsbrotzeit
- > 6-Gang Candle-Light-Dinner
- > Je eine Massage pro Person
- > An-/Abreise innerhalb Deutschlands mit der Bahn (1. Klasse) oder Linienflug



**www.haix.com**





## Außerordentlicher Bundeskongress am 16. März in Düsseldorf

Nach dem Rücktritt des baden-württembergischen Kollegen Rüdiger Seidenspinner von der Funktion des Schriftführers im Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) und der entsprechenden Information an die Landesbezirke und Bezirke lagen dem GBV mehr als eine erklärte Kandidatur für die Nachbesetzung der Position des Schriftführers im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP vor.



Wenn mehr als ein Kandidat für eine Funktion im Geschäftsführenden Bundesvorstand zur Verfügung steht und eine Wahl nicht auf einem Ordentlichen Bundeskongress vorgenommen werden kann, ist gemäß Paragraf 15 Abs. 1 c) der GdP-Satzung ein Außerordentlicher Bundeskongress unverzüglich einzuberufen.

Nach Einberufung des Außerordentlichen Bundeskongresses tagte zwischenzeitlich der Bundesvorstand und beschloss, dem Außerordentlichen Bundeskongress vorzuschlagen, den bisherigen Beisitzer, Clemens Murr (Landesbezirk Bayern) zur Wahl des Schriftführers vorzuschlagen. Sollte der Außerordentliche Bundeskongress diesem Wahlvorschlag folgen, wäre die Position des Beisitzers neu zu besetzen. Für diese eventuelle Wahl schlägt der Bundesvorstand Hagen Hugen (Landesbezirk Sachsen) vor.

Der Kongress findet von 13 bis circa 16 Uhr im Maritim Hotel Düsseldorf, Maritim-Platz 1, in 40474 Düsseldorf statt. Jedes Mitglied hat Anwesenheitsrecht; die Anreise erfolgt, mit Ausnahme der Delegierten und gesondert eingeladenen Gästen des Kongresses, auf eigene Kosten. **SB**

## Die Polizeibiker spenden an die Arche IntensivKinder

Die Interessengemeinschaft **Polizeibiker** [www.polizeibiker.info](http://www.polizeibiker.info) hat mit einer Spendenaktion die **Arche IntensivKinder im baden-württembergischen Kusterdingen-Mähringen** unterstützt.

Die von dem Lübecker Polizeibeamten **Sven Pankow 2010 ins Leben gerufene Interessengemeinschaft motorradbegeisterter Polizeibeamter der Bundes- und Landespolizei** aus ganz Deutschland erzielte bei ihrem 6. Bundestreffen im Herbst in Thüringen einen Spendenerlös von **2.419 Euro**. Bislang hat die Interessengemeinschaft der **Polizeibiker** bei ihren Bundestreffen eine **Gesamtsumme von 13.477,15 Euro an Spenden** eingenommen und an **Wohltätigkeitsinstitutionen** weitergereicht.

werden müssen. Ein Leben in der eigenen Familie ist für sie aufgrund der nötigen intensivmedizinischen Pflege nicht möglich. Ihnen bietet die Arche ein Zuhause und ihren Eltern die Gewissheit, dass ihr Kind sicher und warmherzig aufgehoben ist. Kinderkrankenpflegekräfte, Pädagogen und Therapeuten sorgen liebevoll für die Kinder, die in kleinen Gruppen miteinander aufwachsen. Mittlerweile hält die Arche 14 Betten für beatmete Kinder vor und beschäftigt über 100 Mitarbeiter in den Bereichen Pflege, Pädagogik und Hygiene.



Grafik: IG Polizeibiker

Die Einrichtung ist dringend auf Spenden angewiesen, denn viele Therapien werden nicht von den Krankenkassen übernommen und sind dennoch so immens wichtig für die Kinder. Ein bereits begonnener Neubau soll künftig weitere Pflegeplätze und sogar ein Klassenzimmer zur Verfügung stellen.

Weitergehende Informationen unter [www.arche-intensivkinder.de](http://www.arche-intensivkinder.de).

**Wolfgang Steinigeweg**

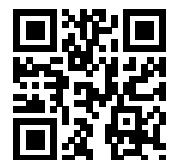


Die Kollegen **Wolfgang Steinigeweg, Kurt Lange** und **Thomas Höfler** als Vertreter der Interessengemeinschaft **Polizeibiker** bei der Übergabe der Spenden an die **Arche IntensivKinder**.

Foto: IG Polizeibiker

Anfang November erfolgte die Spendenübergabe durch das Orgateam der IG Polizeibiker, vertreten durch Kurt Lange (Bundespolizei), Thomas Höfler (Polizei Baden-Württemberg) und Wolfgang Steinigeweg (Polizei Nordrhein-Westfalen), an die Arche IntensivKinder. Dort leben Kinder, die wegen schwerer Erkrankungen, Unfällen oder Operationen dauerhaft beatmet

Mehr Informationen zur Interessengemeinschaft **Polizeibiker**



# Anstieg bestätigt zunehmende Bedeutung

**Gegenüber dem Vorjahr ist 2015 die Anzahl der Opfer partnerschaftlicher Gewaltdelikte wiederum leicht angestiegen. Die Steigerung um 5,5 Prozent seit 2012 zeigt die zunehmende Bedeutung des Gesamtphänomens, wie die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, und der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, betonten, die auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin eine kriminalstatistische Auswertung zu Gewalt in Partnerschaften vorstellten. Damit liegt erstmals eine detaillierte Aufbereitung vor, die verdeutlicht, in welcher Beziehung Täter und Opfer stehen, welche Delikte passieren. Bedauerlicher Fakt ist: Mord und Totschlag, Sexualdelikte, Körperverletzungen und Stalking kommen nicht selten in Beziehungen vor.**

Im Jahr 2015 wurden unter den Straftaten-(gruppen) Mord und Totschlag, Körperverletzungen, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Bedrohung und Stalking insgesamt 127.457 Opfer von vollendeten und versuchten Delikten der Partnerschaftsgewalt erfasst. 2014 waren es 126.230 Personen.

Meist sind es Frauen (82 Prozent), die von Partnerschaftsgewalt betroffen sind. Fast die Hälfte von ihnen lebte zum Tatzeitpunkt mit dem Täter in einem Haushalt (49 Prozent). Gewalt gegen Frauen, so Münch, reiche über subtile Formen wie Demütigungen, Beleidigungen und Einschüchterungen, psychischen, physischen und sexuellen Misshandlungen bis zu Vergewaltigungen und Tötungen. Ebenso müsse man von einem nicht unerheblichen Dunkelfeld ausgehen.

Neben den Strafverfolgungsbehörden seien vor allem staatliche und nichtstaatliche Institutionen gefragt, Opfern mit Hilfsangeboten zur Seite zu stehen. Münch sagte: „Partnerschaftsgewalt darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben!“ Unter den 127.457 Opfern von vollendeten und versuchten Delikten der Partnerschaftsgewalt waren 104.290 (81,8 Prozent) Personen weiblichen und 23.167 (18,2 Prozent) Personen männlichen Geschlechts. Die Opfer von Partnerschaftsgewalt sind weit überwiegend Deutsche mit einem Anteil von 74,7 Prozent.

Bei den nichtdeutschen Opfern dominierten türkische Staatsangehörige mit 5.492 Personen (4,3 Pro-

zent an allen Opfern) vor polnischen Staatsangehörigen mit 4.029 Personen (3,2 Prozent an allen Opfern).

Delikt spezifisch entfiel der größte Anteil der Opfer partnerschaftlicher Gewalt, gemessen an der Opfergesamtzahl in den einzelnen Straftatenbereichen, im Jahr 2015 sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern auf Nachstellung (Stalking). Der Anteil bei den weiblichen Opfern 46,7 Prozent, bei den männlichen 20,9 Prozent. Es folgen Mord und Totschlag (Anteil bei den weiblichen Opfern 43,7 Prozent, bei den männlichen 5,1 Prozent) sowie vorsätzliche einfacher Körperverletzung (Anteil bei den weiblichen Opfern 39,4 Prozent, bei den männlichen 6,4 Prozent).

Die Autoren der kriminalstatistischen Auswertung betonen allerdings, dass die tatsächliche Entwicklung im Bereich partnerschaftlicher Gewalt unter ausschließlicher Bezugnahme auf PKS-basiertem Zahlenmaterial kaum dargestellt werden könne, zumal es sich bei den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ausschließlich um Hellfelddaten handelten.

Gleichwohl tragen die erweiterten Auswertemöglichkeiten der PKS in diesem Kriminalitätsbereich zu einer verbesserten Lagedarstellung bei, die insbesondere im Hinblick auf Entwicklungen im Zeitverlauf, unter Berücksichtigung eines auf Basis bestehender Richtlinien relativ konstanten Erfassungssystems, durchaus Rückschlüsse auch auf Entwicklungen der „Kriminalitätswirklichkeit“ ermöglichen.

Aus dieser Sicht unterstreicht die kriminalstatistische Entwicklung partnerschaftlicher Gewaltkriminalität im Verlauf der letzten Jahre sehr wohl die hohe Bedeutung des Gesamtphänomens. „Häusliche Gewalt gegen Frauen, gegen Männer, gegen Kinder ist keine Privatsache. Es ist eine Straftat – und sie muss entsprechend verfolgt werden“, so Ministerin Schwesig.

Experten sind sich einig, dass das 2002 in Deutschland in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz mehr Möglichkeiten bietet, Opfer zu schützen und Täter zu bestrafen. Jedoch ist Deutschland beim Schutz gegen häusliche Gewalt nicht gerade Vorreiter, wie die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ recherchierte. Ein ähnliches Gesetz gelte auf den beiden Karibikinseln Trinidad und Tobago schon seit 1991. Bereits in den siebziger Jahren sei in den USA, in Australien, Neuseeland, Kanada, Schottland, England, den Niederlanden, Norwegen und Irland der zivilrechtliche – nicht der strafrechtliche – Schutz vor der Gewalt eines Partners verstärkt worden.

Gerichte könnten dort seither Anordnungen zum Schutz eines Opfers erlassen; wer als Täter dagegen verstoße, müsse mit Strafe rechnen.

In Russland sieht man das wohl anders: Das dortige Parlament hat Ende Januar in dritter Lesung ein Gesetz verabschiedet, nachdem häusliche Gewalt nicht mehr strafbar ist, wenn den Geschlagenen nicht schwerer gesundheitlicher Schaden zugefügt wird. Häusliche Gewalt gilt fortan als Ordnungswidrigkeit, nicht mehr als Straftat. Und das, obwohl Schätzungen zum Beispiel der russischen Initiative „Keine Gewalt“ davon ausgehen, dass alle 40 Minuten in Russland eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt stirbt. Das wären 14.000 Frauen im Jahr. **hol**



Foto: Christin Klose/dpa



# Von Smartphones, Senioren und Radfahrer im Straßenverkehr

**Die 55. Ausgabe des Deutschen Verkehrsgerichtstages Ende Januar im niedersächsischen Goslar hatte mit fast 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine genauso große Anziehungskraft für Verkehrsexperten wie der des vergangenen Jahres. Auch annähernd 200 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wirkten in den acht Arbeitskreisen (AK) mit. Die für die Polizei wesentlichen Ergebnisse werden in gebotener Kürze dargestellt:**

### Arbeitskreis I: Fahrverbot als Nebenstrafe bei allgemeiner Kriminalität

Der Arbeitskreis lehnte mit einer weit überwiegenden Mehrheit den Gesetzentwurf ab. Er sieht dafür kein praktisches Bedürfnis. Wichtiger erschien es den Abstimmenden zu sein, statt eines Fahrverbots auch bei vermögenden Personen das Potenzial

Geräte als Fahrzeugführer bei weitem kein Kavaliersdelikt darstellt, sondern enorme Gefahren für den Straßenverkehr bewirkt. Nach AK-Meinung muss eine gesellschaftliche Ächtung der Nutzung von elektronischen Geräten während des Fahrens erreicht werden. Dazu sei eine Kombination von psychologischen, edukativen, technischen und rechtlichen Maßnahmen notwendig.

Da weiterhin in Deutschland verlässliche Zahlen, in welchem Umfang

muss. Auch in der Fahrausbildung soll sich dem Thema umfassender gewidmet werden, um deutlich zu machen, dass diese Form der Ablenkung dazu führt, dass gewisse Fahrsituationen nicht mehr gemeistert werden können. Weiterhin soll durch intensivere Verkehrsaufklärung, darunter insbesondere Kampagnen, die Bevölkerung für die Verantwortungslosigkeit dieses hoch gefährlichen Verhaltens sensibilisiert werden. Technische Möglichkeiten, die rechtswidrige Nutzung der Geräte durch den Fahrer konkret zu unterbinden, sollen weiterentwickelt werden.

Da das Thema vor zwei Jahren schon in ähnlicher Form erörtert und Ergebnisse erarbeitet wurden, begrüßte der AK, dass bereits ein Referentenentwurf des Bundesverkehrsministeriums vorliegt. Bei diesem gebe es jedoch noch Verbesserungsbedarf.

Hinsichtlich der Tatfolgen empfahl der Arbeitskreis, dass ein wiederholt innerhalb eines Jahres auffällig gewordener Täter mit einem Regelfahrverbot und/oder einer Teilnahme an einem Verkehrsunterricht nach Paragraph 48 Straßenverkehrsordnung (StVO) belegt werden. Hierneben ist der Verstoß gegen Paragraph 23 Abs. 1a StVO im Rahmen der Fahrerlaubnis auf Probe als schwerwiegender Verstoß („A-Verstoß“) zu werten, welcher direkt zu einem Aufbauseminar führt.

Der Arbeitskreis wies den Gesetzgeber zudem darauf hin, sich dem Problem durch elektronische Geräte abgelenkte Fußgänger zu widmen.

### Arbeitskreis III: Senioren im Straßenverkehr

Mit rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erwies sich dieser AK als stark besuchter, in dem auch Emotionen spürbar eine große Rolle spielten. Offensichtlich wurde, dass viele Senioren Angst davor haben, ihre Fahrerlaubnis zu verlieren. Hier hat der AK die Chance versäumt, deutlich zu machen, dass es nicht nur darum gehe, entweder die Fahrerlaubnis zu entziehen oder im vollen Umfang zu nutzen. Die bereits bestehenden Möglichkeiten der Fahrerlaubnisver-



**Ehrwürdiger Rahmen:** Der Präsident des Deutschen Verkehrsgerichtstages, Kay Nehm, eröffnete den 55. Deutschen Verkehrsgerichtstag Ende Januar in der niedersächsischen Kaiserpfalz Goslar. *Foto: Swen Pfortner/dpa*

der Geldstrafe durch eine gründliche Ermittlung der tatsächlichen Vermögensverhältnisse auszuschöpfen.

### Arbeitskreis II: Unfallursache Smartphone

Die Experten stellten klipp und klar fest, dass das Nutzen elektronischer

die Benutzung von elektronischen Geräten bei der Teilnahme am Straßenverkehr zu Unfällen führt, fehlen, sollen diese erhoben werden. Der Arbeitskreis empfiehlt, eine umfassende Unfallstudie in Auftrag zu geben. Weiterhin war den Experten wichtig, dass die Ablenkung im Straßenverkehr Thema der schulischen Verkehrserziehung in allen Altersstufen werden



ordnung gerieten dabei zum Nebenschauplatz. Heute schon ist es bei Auffälligkeiten möglich, die Fahrerlaubnis mit Auflagen oder Beschränkungen zu versehen. Mit zum Beispiel nur bei Tageslicht, nur im Stadtgebiet oder auf festgelegten Straßen zu fahren sind Möglichkeiten geschaffen worden, um die Mobilität gerade älterer Menschen im ländlichen Raum zu erhalten. Auch dass Fahrzeuge genutzt werden müssten, deren Leistung beschränkt ist, ist eine Überlegung wert, um die mit der älter werdenden Gesellschaft wachsenden Gefahren zu minimieren. Die Fahrerlaubnisverordnung ermöglicht dies schon heute. Letztlich appellierten die Experten an die Politik und die Forschung, zeitnah die notwendige Datengrundlage hinsichtlich der Risikoabschätzung zu schaffen.

Für die Einführung genereller, obligatorischer und periodischer Fahreignungsüberprüfungen sah der AK indes keine Grundlage. Wichtig sei dagegen, Instrumente zur besseren Einschät-

zung der eigenen Fahrkompetenz zu entwickeln und wissenschaftlich zu evaluieren.

Vorgeschlagen wurde jedoch, eine qualifizierte Rückmeldefahrt durchzuführen, deren Ergebnis ausschließlich dem Betroffenen mitgeteilt wird. Das kann allerdings schon zu Gewissenskonflikten für den Begleiter führen. Hier ging der AK ein Stückweit in die Zukunft und hielt fest: „Falls sich herausstellt, dass solche Instrumente auf freiwilliger Basis nur unzureichend in Anspruch genommen werden, ist die Teilnahme obligatorisch zu machen“. Weiterhin sollte die anlassbezogene Fahreignungsüberprüfung insbesondere zur Vermeidung von Mehrfachbegutachtungen älterer Kraftfahrer verbessert werden. Dazu gehöre eine Verankerung der psycho-physischen Leistungsüberprüfung durch Interviews, Leistungstests und Fahrverhaltensbeobachtungen als eigenständiges Instrument in der Fahrerlaubnisverordnung. Auch eine stärkere Sensibi-

lisierung der Ermittlungsbehörden für Fahreignungsmängel sei notwendig. In den Diskussionen wurde deutlich, dass bei Polizei und Staatsanwaltschaft in der Aus- und Fortbildung sich dem Thema umfassender als bisher zu widmen sei, auch, um die sogenannte „2/12“-er Mitteilung nach Paragraph 2 Straßenverkehrsgesetz (StVG) auszugestärkt zu gehalten.

Weiterhin erscheine eine Verbesserung der verkehrsmedizinischen Kompetenz von Ärzten als geboten. Und es sei zu prüfen, welche Meldepflichten für Ärzte hinsichtlich der Fahreignung ihrer Patienten vorgegeben werden sollten.

Ältere Kraftfahrer wurden aufgefordert, in Eigenverantwortung jederzeit zu prüfen, ob und wie sie auf eventuelle Einschränkungen ihrer Fahreignung angemessen reagieren müssten. Diese Forderung ergibt sich aus Paragraph 2 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV), der jedoch, wie der bayerische Regierungsamtsrat Thomas Hofstätter

Anzeige

## Zentrum für Informationssicherheit



### CYBER-KRIMINALITÄT IM FOKUS

## Seminare der Cyber Akademie für die Polizei

### Web-Anwendungssicherheit und Penetrationstests

- 8. März 2017, Bonn
- 27. Juni 2017, München

### Mobile Device Security

- 28.-30. März 2017, Düsseldorf

### Grundlagen der Kryptologie

- 25.-26. April 2017, Hamburg

### IuK-Notfallmanagement für die Polizei nach BSI 100-4

- 30.-31. Mai 2017, Frankfurt



Die GdP ist  
Partner der CAK



Weitere Informationen zu diesen und  
anderen Seminaren unter: [www.cyber-akademie.de](http://www.cyber-akademie.de)



„Ein Rechtsstreit kommt meistens unverhofft, dauert immer länger und wird immer teurer!“

# Ausgeliefert ohne Rechtsschutz? Nicht mit der ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutzversicherung!



Für GdP-Mitglieder günstig und leistungsstark. Mit der ADVOCARD erhalten Sie Rechtsschutz u.a. als:

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als **Single Tarif** (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als **Familien/Partner Tarif**.

**Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den ADVOCARD Rechtsschutz können Sie sich verlassen.**

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall • Keine Wartezeit • Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: **OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02**

Bitte senden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, per Fax: 0211 / 710 42 72, per E-Mail: Diana.Luehr@GdP.de

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab

(frühestens einen Tag nach Eingang bei der OSG)

**den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz**

verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH

**Versicherungssumme:** 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **61,90 €\***  
(§18 Abs. 2 u. 3 ARB 2014)

Familien/Partner Tarif jährlich **82,20 €\***  
(§18 Abs. 1 u. 2 ARB 2014)

Vorversicherung  nein  ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom  Versicherungsnehmer  Versicherer

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

## SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die OSG der Gewerkschaft der Polizei-Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 22 ZZZ 000000 67861 – widerruflich, Beiträge von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die dieses Konto betreffenden Lastschriften der OSG einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenz teilt die OSG vor der ersten Abbuchung mit.

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungrechtsschutz.

\* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.



als AK-Referent erläuterte, in der Öffentlichkeit und teilweise auch bei den Behörden wenig bekannt sei.

### Arbeitskreis IV: Sicherheit des Radverkehrs

Dieser AK untermauerte mit einigen seiner Empfehlungen die überaus wichtige Arbeit der Polizei für eine höhere Verkehrssicherheit. Zunächst empfahlen die im AK tätigen Experten, die Radverkehrsinfrastruktur generell einfach, selbsterklärend und sicher zu gestalten. Dabei seien durchgehende Radverkehrsnetze zu schaffen. Vordringlich müsse erreicht werden, die Straßenbaulastträger zu verpflichten, die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) zu nutzen, um ihre Straßen entsprechend anzupassen. Zudem sei es notwendig, eine für alle Straßenbaulastträger verpflichtende Einführung der ERA als Mindeststandard zu erreichen.

Gerade bei Abbiegeunfällen werde deutlich, dass Radfahrende häufig übersehen würden. Die Bundesregierung solle sich auf europäischer Ebene intensiv für eine zeitnahe Einführung geeigneter Fahrzeugassistenzsysteme wie Lkw-Abbiegeassistenten, Notbremsassistenten für Pkw, Abbiege-Geschwindigkeitsbegrenzer zur Verhinderung von Radverkehrsunfällen einsetzen. Zudem sei auf eine Verbesserung der passiven Schutzmaßnahmen an Kraftfahrzeugen zur Minimierung der Verletzungsschwere von Radfahren hinzuwirken.

Auch die Polizei sei gefordert. Wichtig war festzuhalten, dass der Einsatz von Polizei-Fahrradstaffeln einen wirksamen Beitrag zu mehr Akzeptanz der Verkehrsregeln bei Radfahrern und Kraftfahrern leiste. Deshalb sollten bundesweit in allen größeren Städten mit einem nennenswerten Radverkehrsaufkommen speziell ausgebildete und ausgerüstete polizeiliche Fahrradstaffeln, möglichst als Alleinaufgabe, eingerichtet werden. Auch solle mehr Überwachung und Sanktionierung von Verkehrsverstößen von und gegenüber Radfahrenden erfolgen. Bei der Prävention müssten künftig mehr und zielgruppenorientiertere Aufklärung und Vermittlung von Regelkenntnissen rund um den Radverkehr sowohl für Radfahrende

als auch für die übrigen Verkehrsteilnehmer durchgeführt werden. Als hilfreich wurden zudem bundesweite Rad-Aktionstage angesehen.

### Arbeitskreis VII: Fortschritt statt Rückzug? Rolle der Polizei bei der Verkehrsüberwachung

Einen Schwerpunkt der polizeilichen Beobachtung des Verkehrsgerichtstages bildete dieser AK, ging es doch um „unsere“ Rolle bei der Verkehrsüberwachung. GdP-Mitglied Polizeidirektor Ralf Geisert aus Saarbrücken ging in seinem Referat dabei auch auf die drei „E“ und „Ö“ – „Engineering“ (straßenbauliche Maßnahmen) – „Education“ (erzieherische und aufklärende Maßnahmen) – „Enforcement“ (gesetzgeberische sowie polizeiliche Maßnahmen) sowie „Öffentlichkeitsarbeit“ – ein, die im Rahmen der Verkehrsunfallbekämpfung eine wesentliche Rolle spielen.

### Hier die Empfehlungen in der kompletten Übersicht:

Die Länder müssen der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei künftig auch im Interesse der inneren Sicherheit wieder mehr Bedeutung zumessen. Dies gilt in erster Linie für die Verkehrsüberwachung, umfasst aber auch die sichtbare Polizeipräsenz im Straßenverkehr und die Aufnahme aller Verkehrsunfälle durch die Polizei.

Die bundesweite Harmonisierung der Verkehrsüberwachung – zum Beispiel durch Angleichung der Verkehrsüberwachungsrichtlinien – ist anzustreben. Für ein Mehr an Transparenz und Akzeptanz ist durch persönliche Ansprache und Kontrolle vor Ort durch die Polizei zu sorgen. Die Bekämpfung von Unfallschwerpunkten durch verstärkte Überwachung muss dabei die Kernaufgabe bleiben; dazu ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen zu intensivieren. Die technische Ausstattung der Polizei ist dabei auf dem neuesten Stand zu halten.

Die Neutralität der den Beweis erhebenden Person ist zu bewahren. Die Herrschaft über Geschwindigkeits- und Abstandsmessung, Messauswertung sowie Ermittlung des sanktionsrelevanten Sachverhalts darf wegen

verfassungs- und europarechtlicher Vorgaben (Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz, Staatsvorbehalt) nicht auf Private übertragen werden, auch nicht bei Einführung der Section Control.

Die Polizei darf sich nicht aus der Verkehrsunfallprävention, zum Beispiel der schulischen Radfahrausbildung, zurückziehen. Die Qualität der fahrpraktischen Ausbildung der Kinder für den Straßenverkehr ist durch den Einsatz der Polizei zu sichern.

Der in Paragraph 48 der StVO enthaltene Verkehrsunterricht ist verstärkt anzuwenden. Seine Durchführung sollte auch qualifizierten Privaten, zum Beispiel nach dem Muster der Fahreignungsseminare, ermöglicht werden.

Damit sich die Polizei besser auf ihre Aufgaben konzentrieren kann, ist die Polizei von der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten zu entlasten. Von der im Straßenverkehrsgesetz geschaffenen Möglichkeit zur Übertragung auf Verwaltungshelfer und Beliehene ist zeitnah Gebrauch zu machen (neuer Paragraph 6 Abs. 7 Straßenverkehrsgesetz).

### Arbeitskreis VIII: Autonome Schiffe – Vision oder Albtraum?

Ohne auf die einzelnen Empfehlungen näher einzugehen, betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass man in der Entwicklung autonomer Schiffe und deren Komponenten große Chancen für die auf Hochtechnologie ausgerichtete deutsche maritime Wirtschaft sehe. Es sei dringend erforderlich, Klarheit über die technische Entwicklung und die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

### Fazit

Die Arbeit der Polizei ist unverzichtbar für die Verkehrssicherheit in Deutschland. Neben der Verkehrsüberwachung und der Unfallaufnahme kommt der Prävention eine unverändert wertvolle Bedeutung zu. All diese Punkte sind Bestandteile des „Verkehrspolitischen Programms“ der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

**Ewald Ternig, Dozent VR/VL,  
Hochschule der Polizei  
Rheinland-Pfalz**



# Landesweiter Einsatz der Bodycam soll Gewalt gegen Polizei reduzieren

**Nach erfolgreicher Pilotphase und Abschluss der wissenschaftlichen Begleitung sollen in Rheinland-Pfalz alle Polizeiinspektionen und -wachen mit Bodycams ausgestattet werden. Nach einem entsprechenden Beschluss des Mainzer Landtages noch im März könnte damit Rheinland-Pfalz das erste Bundesland sein, das das neue Einsatzmittel flächendeckend im Wechselschichtdienst und in den geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei einsetzen könnte.**

Vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen bei der Gewalt gegen die Polizei setzte Rheinland-Pfalz seit Juli 2015 als zweites Bundesland nach Hessen bei den Polizeipräsidiën Mainz und Koblenz diese offen getragenen Minikameras ein, um insbesondere Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte zu reduzieren. Primär geht es um eine präventivpolizeiliche Maßnahme, die vor allem bei Kontrollen angewendet wird, bei denen mit einem problematischen Verlauf zu rechnen ist. Ziel ist es, in diesen Fällen durch den offenen Kameraeinsatz eine deeskalierende Wirkung zu erzeugen und damit die Eigensicherung der eingesetzten Polizeikräfte zu erhöhen. Daneben können die aufgezeichneten Videosequenzen zur Beweissicherung im Strafverfahren dienen. Vor dem Hintergrund erster positiver Erfahrungen in den Pilotdienststellen in Mainz und Koblenz hatte das Innenministerium im Januar vergangenen Jahres entschieden, die Pilotmodelle bis 1. Juli 2016 auf alle Ober- und Mittelzentren mit mehr als 40.000 Einwohnern zu erweitern.

## Wissenschaftliche Begleitung der Pilotmodelle

Im Auftrag des Ministeriums des Innern und für Sport in Mainz erfolgte eine umfassende Begleitung der Pilotprojekte.

- Die Universität Trier erstellte ein Rechtsgutachten, in dem insbesondere rechtliche Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von Körperkameras untersucht werden.
- Das Methodenzentrum der Universität Koblenz-Landau führte eine formative Evaluationsstudie zur Wirkung und Akzeptanz in der Bevölkerung durch. Hierzu fand im Juli 2016 eine Onlinebefragung statt, an der

mehr als 3.000 Personen teilnahmen.

- An der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) wurde eine Masterarbeit mit dem Thema „Die Bodycam als unterstützendes Einsatzmittel im polizeilichen Alltag“ gefertigt. Der Verfasser hatte dazu eine Akzep-

befragungen zum Thema Wirkung und Akzeptanz von Körperkameras.

- Bezüglich der Akzeptanz des Bodycam-Einsatzes in der Bevölkerung erfolgte eine Einbindung des Fachgebiets VIII (Sozialwissenschaften) der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz.

## Einsatz der Bodycams

In den fünf Polizeipräsidiën sind zwischenzeitlich 332 Einsatzkräfte berechtigt, eine Bodycam zu tragen. Hierzu mussten sie zuvor eine eintägige rechtliche und taktische Fortbil-



Foto: Fredrik von Erichsen/dpa

tanzstudie in der rheinland-pfälzischen Polizei durchgeführt.

- Die landesweite Arbeitsgruppe Bodycam begleitete das Projekt durchgehend und veranlasste im Sinne einer Prozessevaluation entsprechende Anpassungen bereits während der Pilotphase. Ferner initiierte die Arbeitsgruppe zwei Anwender-

dung an der Hochschule der Polizei besuchen.

Der Einsatz der Bodycam erfolgte bei den Pilotdienststellen in insgesamt 8.290 Fällen. Zumeist wurde sie von einem Beamten eines Streifenteams getragen. Bei den Einsätzen entstanden 591 Aufnahmen, wovon 192 nach den Bestimmungen des Polizei- und





Foto: Fredrik von Erichsen/dpa

Ordnungsbehördengesetzes und der Strafprozessordnung gespeichert wurden. 97 Aufnahmen wurden der Staatsanwaltschaft zugeleitet.

Die Arbeitsgruppe hat explizit auch Fälle erhoben, bei denen es trotz Bodycam zu einem Angriff auf Polizeibeamte kam – in 33 Fällen verbal und in 16 Fällen körperlich. Dabei war es unerheblich, ob der Kameraträger selbst oder andere Einsatzkräfte angegriffen wurden.

Demgegenüber registrierten die Pilotdienststellen in dem Pilotzeitraum insgesamt 759 Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte. Auch wenn für diese Gesamtzahl eine genaue Bezugsgröße fehlt, scheint die Gefahr für Kameraträger, Opfer verbaler oder körperlicher Gewalt zu werden, geringer zu sein. Die sogenannte Pre-Recording Funktion, die in Rheinland-Pfalz nicht zugelassen ist, wäre nach Ansicht der Einsatzkräfte in wenigen Einzelfällen (acht) geeignet gewesen, um die Ausgangssituation der Angriffe festzuhalten. Es gab keinen Antrag, in dem ein Bürger Einsicht in die gefertigten Aufnahmen gefordert hat. Nur in einem Fall erfolgte die unverzügliche Löschung einer Aufnahme, die im Nachgang als relevant eingestuft wurde.

### IT-Sicherheit

Die Zentralstelle für Polizeitechnik Rheinland-Pfalz deckte beim Pilotprojekt Bodycam insbesondere die Bereiche Beschaffung, Software-Abnahme und Informationssicherheit ab. In den Pilotdienststellen kam mehrheitlich das sogenannte One-Box-System vom Typ „Reveal RS2 X2 (1)“ zum Einsatz. Die wesentlichen Anforderungen an die Informationssicherheit werden durch die verwendete Systemsoftware

von Reveal erfüllt. Die Videodaten werden auf einem internen Speicher mit AES 256 verschlüsselt. Bei der Erstkonfiguration der Kameras muss durch den Administrator sichergestellt werden, dass die Verschlüsselung aktiviert ist und das Passwort für den Zugang ausreichend komplex gewählt wird. Die auf dem PC abgespeicherten Videosequenzen haben einen digitalen Fingerabdruck, das heißt Änderungen in der Original-Datei werden dokumentiert und im mitgelieferten Auswerteprogramm dargestellt. Damit wird die Datenintegrität gewährleistet. Das Auswerteprogramm wurde für die Nutzung im Polizeinetz (VPN-Pol) freigegeben. Im Zusammenhang mit der Softwarenutzung sind während der Pilotphase keine technischen Probleme bekannt geworden.

### Akzeptanz und Wirkung des Einsatzes von Bodycams

Insbesondere zur Erhebung der Akzeptanz für das neue Einsatzmittel führte die Arbeitsgruppe zwei Anwenderbefragungen durch. An der ersten Befragung drei Monate nach Start des Pilotprojekts nahmen 74 Prozent aller Bodycam-Träger der ursprünglichen vier Pilotdienststellen aus Mainz und Koblenz teil (37 von 50 beschulte Beamtinnen und Beamte). Neun Monate nach Beginn der Pilotphase gab die Arbeitsgruppe eine weitere Befragung in Auftrag, in die die Angaben von 161 der 209 angeschriebenen Bodycam-Träger eingeflossen sind. Die Rücklaufquote dieser zweiten Befragung betrug somit 77 Prozent.

Primäres Ziel des Einsatzes von Bodycams im polizeilichen Einzeldienst ist die präventive Wirkung, die auf gewaltgeneigte oder -bereite Personen ausgeübt werden soll. Über die Hälfte der Befragten bestätigt den Eintritt dieses Effekts, wenngleich im Vergleich zur Ersterhebung Einbußen bei den Zustimmungswerten festzustellen sind. Mit steigender Erfahrung der Bodycam-Träger hat die ursprünglich lediglich als positiver Nebeneffekt wahrgenommene Gewährleistung einer beweiskräftigen Strafverfolgung durch die Bodycam deutlich an Zustimmung gewonnen. Je häufiger die Kamera in Kontrollsituationen eingesetzt wird, desto häufiger kommt auch der Dokumentationszweck zum Tragen.

Eine Reaktion auf die Kamera findet grundsätzlich statt. Ob sie eine präventive Wirkung entfalten kann,

ist vor allem von der Wahrnehmungsfähigkeit des betroffenen Bürgers abhängig. Ist diese beispielsweise durch Alkohol-, Drogen- oder anderen Medikamentenkonsum beeinflusst, scheint sie ab einem bestimmten Grad keine Wirkung mehr zu entfalten. Die zweite Befragung bestätigt dabei ganz deut-

Anzeige

**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % % % % %

Informieren Sie sich!  
**Telefon: (02207) 76 77**

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)

**W+R PRO**

Wir präsentieren unsere **neue Kollektion Einsatzhandschuhe**.

**IWA 2017**  
Stand 9-205, Halle 9

**W+R GmbH · 72555 Metzingen**  
[www.WR24.de](http://www.WR24.de) · [info@wr24.de](mailto:info@wr24.de)



## AUS LÄNDERN UND BEZIRKEN

lich, dass sich durch das Vorgehen mit der Bodycam nicht immer automatisch eine deeskalierende Wirkung auf die Kontrollsituation einstellt. Der Bodycam-Einsatz mit der entsprechenden Ankündigung sorgt stattdessen in einer Vielzahl von Fällen zunächst für Gesprächsbedarf mit dem betroffenen Bürger. Diese münden aber in der Mehrheit der Fälle nicht in Aggressionen seitens des Bürgers. Erst in einem zweiten Schritt, nachdem die Gespräche über den Kameraeinsatz geführt und bereits dadurch die Situation heruntergefahren wurde, da die Aufmerksamkeit vom ursprünglichen Konfliktherd auf die Kamera verlagert wurde, wirkt sie sich aggressionshemmend und abschreckend auf den Betroffenen aus. Eine Aggressionsförderung kann in Einzelfällen zwar eintreten, es überwiegt jedoch die Abschreckungswirkung und Aggressionsminderung.

Im Wesentlichen lassen sich zusammenfassend folgende Ergebnisse festhalten:

- Die Bodycam erfährt bei den Einsatzkräften eine hohe Akzeptanz und kann als polizeiliches Einsatzmittel zur Prävention eingesetzt werden.
- Da sich nicht in allen Situationen eine Präventivwirkung einstellt, sollte stärker von der Möglichkeit der Bo-

dycam als Mittel zur Dokumentation Gebrauch gemacht werden.

- Die Wirkung kann nicht separat auf die Ankündigung des Einschaltens oder das Einschalten selbst zurückgeführt werden.
- Die Bodycam scheint in zwei Stufen zu wirken: zunächst sorgt sie für Erklärungsbedarf und wirkt sich deswegen nicht direkt deeskalierend auf polizeiliche Einschreitsituationen aus. Erst in einem zweiten Schritt ruft sie eine Abschreckung und Aggressionsminderung beim Betroffenen hervor.
- Aggressionsfördernde Effekte beschränken sich auf Einzelfälle.
- Unbeteiligte Bürger stehen dem neuen polizeilichen Einsatzmittel unverändert aufgeschlossen gegenüber.
- Die Kennzeichnung der Bodycam-Träger sollte nach deren Ansicht weniger auffällig gestaltet werden.

### Rechtsgutachten der Universität Trier

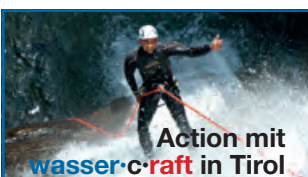
Die geltenden Bestimmungen zur polizeilichen Videoüberwachung in Paragraph 27 Absatz 2 bis 4 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz halten angesichts ihrer technikoffenen Formulierung auch mit Blick auf den Einsatz von Bodycams im Wesent-

lichen den hieran zu stellenden verfassungsrechtlichen Anforderungen stand. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit ist vor dem Hintergrund der in Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz (GG) verankerten Rechtsschutzgarantie die unverzügliche Lösungsverpflichtung des Paragraph 27 Absatz 5 S. 2 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz (POG RP) aufzuheben, um den von der Datenspeicherung betroffenen Bürgern auch unabhängig von der Polizei einen Zugriff auf die Bild- und Tonaufzeichnungen zu gewähren. Als Kompromiss erscheint eine einmonatige Speicherdauer sinnvoll und angemessen. Bis zur endgültigen Löschung sollten die Daten – vorbehaltlich einer zweckändernden Verwendung durch die Polizei (zum Beispiel als Beweismittel in einem Strafverfahren) – gesperrt und nur zur Information der Betroffenen und zur gerichtlichen Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme verwendet werden.

Da die geltende Regelung des Paragraph 27 Absatz 6 POG RP auf den kurzfristigen und situationsbezogenen Einsatz von mobilen Bodycams nicht passt, sollte generell eine gesetzliche Hinweispflicht auf offene Datenerhebungsmaßnahmen – ungeachtet ihrer

## Reise & Erholung

Saar/Mosel – Konz bei Trier (12km)  
Internet: [www.fewokonz.de](http://www.fewokonz.de)



**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyon tour €/Person 120,-  
Unterkunft über uns buchbar.  
Infos: +43 5252 6721  
[office@rafting-oetztal.at](mailto:office@rafting-oetztal.at)  
[www.rafting-oetztal.at](http://www.rafting-oetztal.at)



**Franken bei Bamberg,**  
eigene Metzgerei, Waldreiche Gegend, Lift,  
75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €,  
Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,  
[www.zur-sonne-urlaub.de](http://www.zur-sonne-urlaub.de)

### SOMMERPAUSCHALE ALL IN ONE

1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 371

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inklusive! Wellness mit Gartensauna neue Alpinstyle-Zimmer, gratis WLAN & Mountainbikeverleih. Tolles Programm f. Kinder u. Jugend Kinderermäßigungen!

**NEU:**  
BADESEE MIT  
FREIZEITANLAGE



**Caritas international**  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)  
Spendenkonto 202 751  
Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075  
**Diakonie**  
**Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

### Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50–90 m², für 2–6 Pers., ab 40 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur.** Hausprospekt unter Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66  
Machen Sie sich ein Bild unter [www.mittelschwarzwald.de](http://www.mittelschwarzwald.de)  
Sie werden begeistert sein!

**CanKick**  
...prickelnd anders

**TOP ANGEBOT**  
1x Rafting  
1x Canyoning  
1x Grillen & Foto CD  
Angebot pro Person  
nur € 109,-

**RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG**  
**ACTION & ABENTEUER** // Tel. +43 664 2838055  
[info@cankick.at](mailto:info@cankick.at) // [www.cankick.at](http://www.cankick.at)



Einsatzdauer – etabliert werden, sofern nicht einsatztaktische Maßnahmen einen solchen Hinweis im Einzelfall ausschließen. Die Nutzung der sogenannten Pre-Recording-Funktion wäre eine verfassungswidrige Erhebung von personenbezogenen Daten zu unbestimmten Zwecken und kann damit derzeit nicht verfassungskonform geregelt werden. Für eine landesgesetzliche Eingriffsermächtigung zur Nutzung in Wohnungen ohne Einwilligung aller Grundrechtsberechtigten bietet Artikel 13 GG ohne eine Änderung des Grundgesetzes nur einen so engen Spielraum, dass damit den unübersehbaren Bedürfnissen der Praxis (Stichwort: „Häusliche Gewalt“) mit Blick auf zwingende Vorgaben des geltenden Verfassungsrechts kaum sinnvoll Rechnung getragen werden kann.

👉 *Insgesamt wäre in diesem Rahmen eine gesetzliche Regelung des Einsatzes von Bodycams durch die rheinland-pfälzische Polizei im Wege einer moderaten Anpassung des geltenden Paragraf 27 POG RP machbar und sinnvoll.* 🍷

*Dr. Mark Zöller, Professor für Strafrecht an der Universität Trier*

### Akzeptanzstudie der Universität Koblenz-Landau

Während der Pilotphase fand unter Leitung von Dr. Susanne Weis von der Universität Koblenz Landau in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Bodycam der Polizei Rheinland-Pfalz eine Onlinebefragung mit 3.627 Bürger statt. Bei der Betrachtung der Geschlechter fällt auf, dass daran mit 1.335 weniger Frauen (38,5 Prozent) als Männer (2.132/61,5 Prozent) teilgenommen haben. Die Jüngste war 15, der oder die älteste 91 Jahre. In der Gesamtschau erfährt das neue Einsatzmittel in der Bevölkerung hohe Zustimmungswerte. Dies zeigt sich beispielsweise in der Bewertung der folgenden Items:

- „Bodycams sollten zur Sicherheit der Polizei und der Bürger zunehmend eingesetzt werden.“ (Abbildung 1)
- „Ich würde die bundesweite Einführung einer Bodycam voll und ganz befürworten.“ (Abbildung 2)
- „Ich finde es gut, dass die Polizei Bodycams einsetzt, um sich vor

Gewaltübergriffen zu schützen.“ (Abbildung 3)

- 1 = stimme überhaupt nicht zu
- 2 = stimme nicht zu
- 3 = stimme eher nicht zu
- 4 = stimme eher zu
- 5 = stimme zu
- 6 = stimme voll und ganz zu

### Sitzung im Innenausschuss Rheinland-Pfalz

Am 12. Januar dieses Jahres stellte SPD-Innenminister Roger Lewentz dem Innenausschuss des rheinland-pfälzischen Landtages die Ergebnisse der Evaluation zum Pilotprojekt vor. Parteiübergreifend befürworteten die Abgeordneten den Kameraeinsatz. Nur bei der Frage, wo Polizisten diese tragen dürfen, gingen die Meinungen auseinander. So befürwortete die Opposition auch den Einsatz in Wohnungen, wogegen die Regierungsparteien zunächst die entsprechenden Erfahrungen eines Pilotversuches in Nordrhein-Westfalen abwarten wollen. Der Zeitplan von Lewentz sieht vor, dass nach dem Einbringen eines Gesetzesentwurfs im Januar das Parlament dann im März noch den Haushalt beschließen muss, in dem die Anschaffung der neuen Bodycams mit 135.000 Euro veranschlagt ist. >

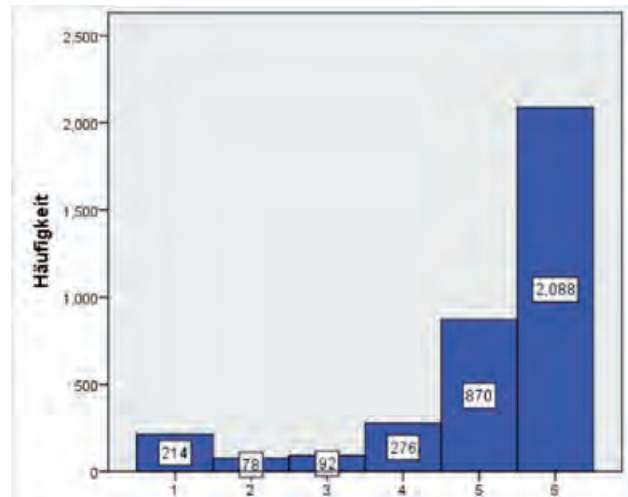


Abbildung 1

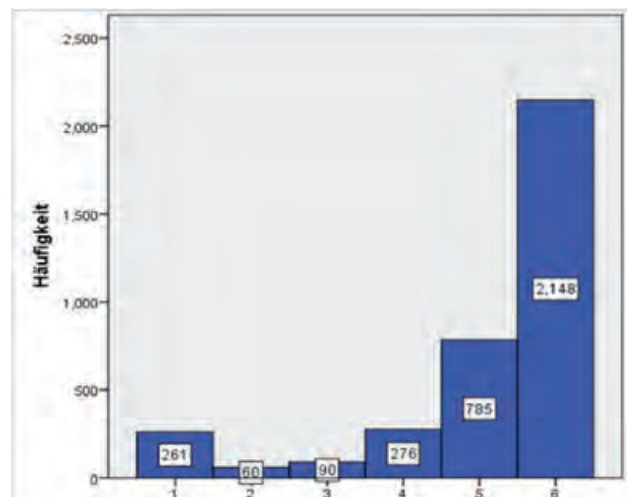


Abbildung 2

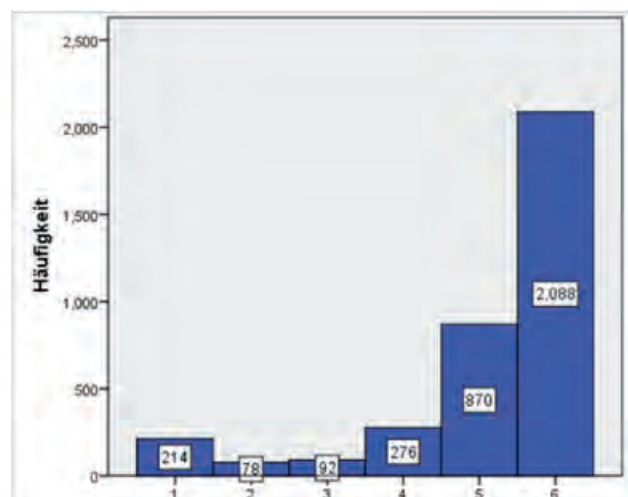
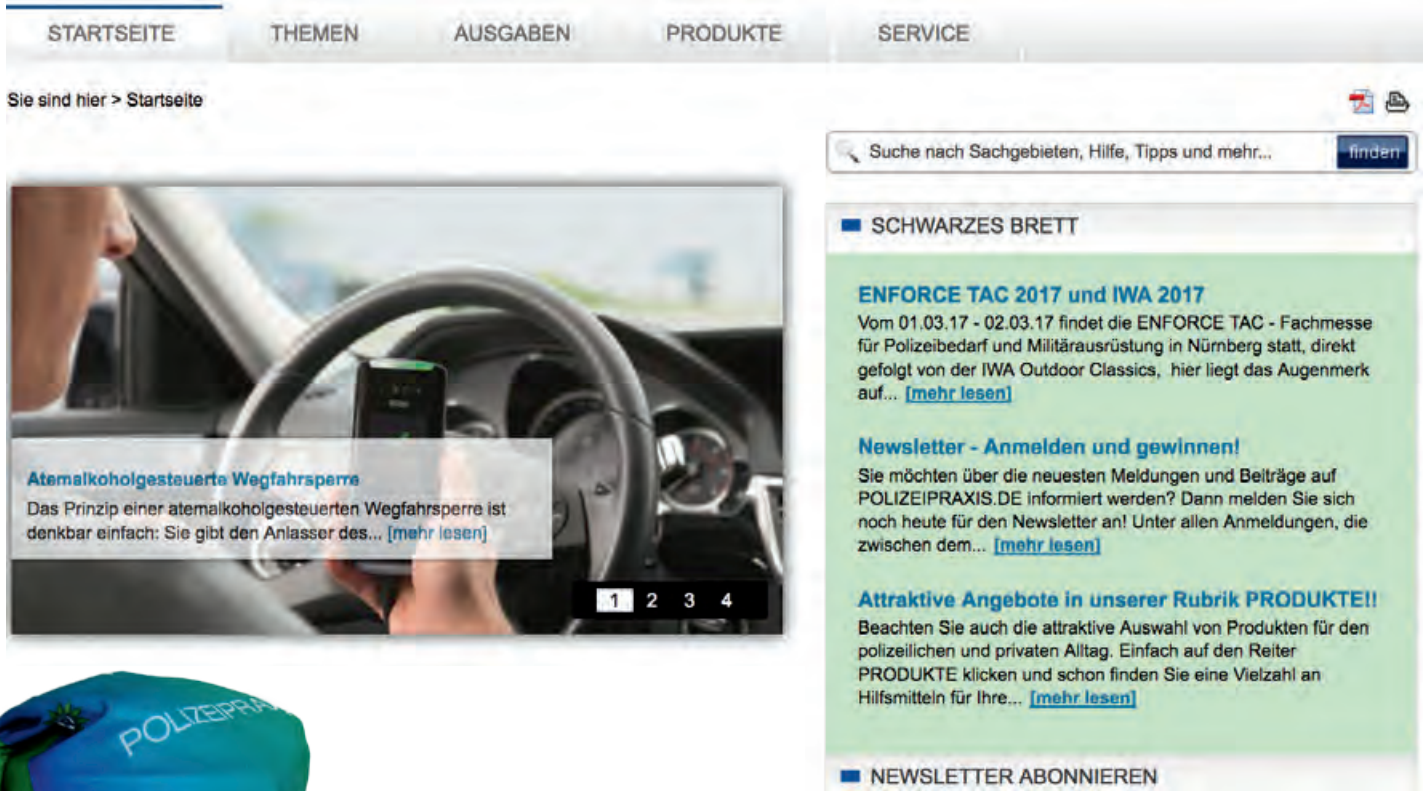


Abbildung 3

Abbildungen (3): Universität Koblenz-Landau



# POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der

E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu:  
ab sofort auf unserer  
Homepage im Shop auch  
eine attraktive Auswahl  
von Schuhen – nicht nur für  
die Freizeit – von HAX!

\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

## WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.03. - 31.03.2017 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

👉 In der Gesamtschau zeigt unsere Untersuchung ein sehr positives Feedback der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Einsatz von Bodycams. Die Einführung in Rheinland-Pfalz wird vom Großteil der Befragten befürwortet. 🗨️

Dr. Weis

### Fazit

In einem umfassenden Pilotmodell hat die Polizei Rheinland-Pfalz ein neues Einsatzmittel intensiv getestet. Die Evaluierung des Einsatzes betraf drei Bereiche: Die Akzeptanz innerhalb der Polizei und in der Bevölkerung sowie rechtliche Aspekte. Durch den Einsatz der Bodycam konnten Übergriffe teilweise unterbunden werden. Ein Allheilmittel zur Verhinderung von Gewalt gegen die Polizei ist die Kamera nicht. Für eine Beweisführung im Strafverfahren können die gewonnenen Daten einen bedeutenden Stellenwert einnehmen. Entsprechend hoch ist die Akzeptanz bei den Beamtinnen und Beamten. Die Universität Koblenz-Landau führte eine Online-Befragung durch, deren Ergebnisse belegen, dass die Bürgerinnen und Bürger den Kameraeinsatz grundsätzlich positiv bewerten. Ein umfangreiches Rechtsgutachten der Universität Trier kommt zu dem Ergebnis, dass das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz den Einsatz von Körperkameras grundsätzlich erlaubt. Dennoch scheint es sachgerecht, eine bereichsspezifische Ermächtigungsnorm zu schaffen, in der insbesondere die Eingriffsschwelle und die Speicherdauer festgelegt werden. Außerdem sollte geregelt sein, dass auch der Betroffene einer Videodokumentation die Möglichkeit hat, die Aufnahmen einzusehen.

In der Gesamtschau wird durch die Ausstattung sämtlicher Polizeidienststellen mit entsprechenden Geräten eine gute Grundlage geschaffen, um Einsatzkräfte künftig besser vor Gewalt zu schützen und Angriffe beweisicher zu dokumentieren.

**Heiko Arnd,**  
Leiter der Arbeitsgruppe Bodycam

# Grenzen überwinden

## Gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung

Von Julia Pahl

**In Deutschland leben etwa 9,6 Millionen Menschen mit einer Behinderung, also mehr als 11,7 Prozent. 80 Prozent dieser Menschen erleiden diese im Laufe ihres Lebens; es kann also jeden treffen. Andere Menschen kommen aber bereits mit einem Handicap zur Welt. So auch eine junge, fröhliche Frau aus Nordhessen. Wie geht sie damit um, wie ihre Umwelt, welche Barrieren muss sie überwinden.**

Ich bin im Sachbereich Personal der Direktion Bundesbereitschaftspolizei tätig und bearbeite hauptsächlich Anträge auf Eltern-, Teil- und Altersteilzeit sowie Sonderurlaub. Zudem fungiere ich als Ansprechpartnerin bei allgemeinen Urlaubsangelegenheiten. Diese Themenbereiche bereiten mir viel Freude. Ich schätze mich glücklich, einen Arbeitsplatz in einem tollen Umfeld mit netten und hilfsbereiten Kolleginnen und Kollegen zu haben.

### Bis hierhin war es ein weiter Weg

Seit meiner Geburt bin ich mit einem Grad der Behinderung (GdB) von 80 schwerbehindert. Aufgrund meiner Erkrankung (spastische Hemiparese) bin ich auf einen Rollstuhl und auch auf Unterstützung bei der Arbeit und im täglichen Leben angewiesen.

Bereits in meiner Kindheit musste ich einige Hürden überwinden. Der Einschulung in eine „normale“ Grundschule ohne sonderpädagogisches Personal gingen unzählige Tests, Gutachten und Diskussionen voraus. Ab Sommer 1995 verbrachte ich letztlich vier Jahre an der Schule Fasanenhof Kassel. Meine Grundschulzeit war von vielen Krankenhausaufenthalten geprägt, eine Hüft-OP und die Richtigstellung der Füße brachten lange Abwesenheiten mit sich.

Trotzdem konnte ich sehr gute Leistungen in der Schule erzielen und im Sommer innerhalb der Stadt auf die Offene Schule Waldau wechseln. So langsam kam ich aufgrund verminderter Feinmotorik in den Händen im „normalen“ Zeitfenster beim Schreiben im Unterricht und bei Klausuren nicht mehr mit, sodass ich später die Antworten zu den Klausuren einer Lehrerin diktieren musste. Im Unterricht wurde

durch Teilnehmer eines freiwilligen sozialen Jahres für mich mitgeschrieben. So fing ich an, Schulassistentin in Anspruch zu nehmen. Mein Abitur habe ich dann auf der Elisabeth-Knipping-Schule in Kassel gemacht.

Mein unmittelbares Ziel war ein Studium in Mannheim, da sich keine barrierefreie Wohnung fand und das tägliche Pendeln auf längerfristiger Sicht keine lösbare Option darstellte. Ich hatte mich schon während der Schulzeit auf ein Studium versteift, da mir die schwierige Lage von schwerbehinderten Menschen auf der Suche nach Arbeit sehr bewusst war. Dennoch reifte in mir der Wunsch eine Ausbildung zu beginnen, da das Studieren zwar interessant, aber doch zumeist sehr theoretisch ist. Bezüglich des Ausbildungsplatzes hatte ich aufgrund meiner Behinderung eine sehr geringe Auswahlmöglichkeit. Ein Bildschirmarbeitsplatz musste es schon sein, alles andere wäre Illusion.

### Einladung zum schriftlichen Eignungstest

Ende 2008 waren mehrere Ausbildungsstellen als Verwaltungsfachangestellte bei der Direktion Bundesbereitschaftspolizei ausgeschrieben. Diese Gelegenheit wollte ich nach vielen erfolglosen Bewerbungen nicht ungenutzt verstreichen lassen und so schickte ich meine Bewerbung ab. Bereits kurz darauf wurde ich vom Sachbereich Personal zu einem schriftlichen Eignungstest eingeladen. Dieser fand in bis dato einzigen Gebäude mit barrierefreiem Zugang statt. Gleich im Anschluss fand das Vorstellungsgespräch statt. Ich war natürlich sehr aufgeregt, wurde aber sehr freundlich und unvoreingenommen aufgenommen.



Überglücklich hielt ich ein paar Wochen später die Zusage in den Händen – vorbehaltlich der gesundheitlichen Eignung. Weitere Voraussetzung war die Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit. Barrierefreiheiten mussten geschaffen werden – sowohl in der Dienststelle in Fuldatal als bei der Bundespolizeiakademie in Lübeck, wo die fachtheoretischen Unterweisungen der Ausbildung stattfinden. Im September 2009 begann ich eine Ausbildung bei der Direktion Bundesbereitschaftspolizei zur Verwaltungsfachangestellten.

**D**er Ausbau eines dreistöckigen Aufzuges im Bürogebäude, einer barrierefreien Toilette und der Einbau eines Treppenliftes an dem Kantinen- und Besprechungsgebäu-

*Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der alle Menschen mitmachen können. Niemand ist perfekt, das wissen wir. Aber in jedem Menschen stecken viele Fähigkeiten und Fertigkeiten. Diese Talente wollen wir entdecken, fördern und einfordern, denn unsere Gesellschaft will und braucht die Beiträge aller.*

*Dr. Ursula von der Leyen*

de waren bis dahin noch nicht abgeschlossen. In den ersten Wochen meiner Ausbildung wurden Kompromisse und Provisorien geschaffen. So war in den ersten Monaten bis zur Fertigstellung des Aufzuges der Zugang zum Bürogebäude nur über eine steile Holzrampe möglich, eingesetzt wurde ich zunächst im ersten Stock. Die Unterrichtung in Lübeck wurde vorübergehend in die barrierefreie Unterkunft Dr. Robert-Lehr verlegt, bis der Fahrstuhl und das barrierefreie Übernachtungszimmer in der benachbarten Unterkunft Falkenfeld fertiggestellt waren. Das alles wurde von der Dienststelle, dem Integrationsamt, der Bundesagentur für Arbeit und der örtlichen Schwerbehindertenvertretung in einem gemeinsamen Kraftakt gestemmt.

**W**ährend meiner Ausbildung war mir meine Arbeitsassistenz immer eine große Hilfe, auf die ich angewiesen bin. Gefördert wird diese durch die Bundesagentur für Arbeit

und das Integrationsamt. Die Arbeitsassistenz unterstützt den schwerbehinderten Menschen am Arbeitsplatz, um diesem die Ausführung der Arbeit zu ermöglichen. In meinem Fall übernimmt diese auf meine Anleitung hin das berühmte Knicken-Lochen-Heften, Akten herbeiholen und Vermerke anfertigen. Die Dienststellen- und Ausbildungsleitung war immer für mich da und fragte regelmäßig nach Verbesserungsmöglichkeiten. Inzwischen sind der Rückbau des doch sehr störungsanfälligen Treppenliftes und der Bau einer Rampe zum Besprechungsgebäude von der Dienststelle geplant.

### Erster Kontakt zur GdP

In den ersten Wochen der Ausbildung fanden Gespräche und Einweisungen bei Gremien (Örtlicher Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertretung) und den Gewerkschaften für die neu eingestellten Auszubildenden statt. Dadurch entstand auch erstmalig der Kontakt zur Gewerkschaft der Polizei (GdP), die mich als Tarifbeschäftigte besonders ansprach, sodass ich seit Oktober 2009 GdP-Mitglied bin. Auch von der Gewerkschaft aus war man sehr an einer möglichst barrierefreien Ausbildungsgestaltung interessiert und blieb mit mir regelmäßig in Kontakt.

**D**ie Ausbildung verging durch das abwechslungsreiche Tätigkeitsfeld und ein sehr aufgeschlossenes und herzliches Arbeitsumfeld wie im Flug. Bereits nach zweieinhalb Jahren meldete ich mich im Februar 2012 für die vorgezogene Abschlussprüfung an. Auch diese Hürde konnte ich überwinden und beendete meine



Julia Pahl mit ihrer Arbeitsassistenz.

Foto: Privat

Ausbildung mit der Note gut. Frühzeitig erhielt ich von der Dienststelle das Signal, dass danach eine weitere Zusammenarbeit mit einem zunächst auf zwölf Monate befristeten Arbeitsvertrag bei der Bundespolizei in Fuldatal möglich ist.

**I**ch war überglücklich. Meine Ausbildung hatte ich trotz aller Schwierigkeiten erfolgreich beendet, und ich arbeitete weiter im erlernten Beruf. Mit der Eingruppierung in die Entgeltgruppe 3 konnte man zwar nicht reich werden, aber ich verdiente endlich eigenes Geld. Bereits im September des gleichen Jahres wurden mir weitere Tätigkeiten aus meinem jetzigen Zuständigkeitsbereich übertragen, so dass ich entsprechend höhergruppiert werden konnte.





Aber das Arbeitsverhältnis war immer noch befristet. Was kommt danach? Muss ich mich erneut auf dem Arbeitsmarkt bewerben? Fragen, die mich sehr beschäftigten. Umso glücklicher war ich, als ich erfuhr, dass mir zum 1. Januar 2013 ein Arbeitsplatz im Sachbereich Personal übertragen werden soll und mein befristetes Arbeitsverhältnis in ein unbefristetes umgewandelt werden soll. Nachdem dies umgesetzt war, kamen etwas Ruhe und ein Gefühl der Sicherheit bei mir auf. Ich konnte etwas gelassener und abgesicherter meiner Zukunft entgegensehen.

Das i-Tüpfelchen kam aber erst noch. Anfang 2016 sah ich eine Stellenausschreibung – verbunden mit einer Verbeamtung. Mein Sachbereichsleiter sagte mir für den Fall, dass ich mich bewerbe, seine volle Unterstützung zu. Auch hier wurden viele Fragen aufgeworfen. Wie muss ich mich nach einer möglichen Verbeamtung krankenversichern? Übernimmt mich die neue Krankenversicherung mir meinem Handicap? Wie wird künftig meine Arbeitsassistenz geregelt? Wie wird der zuständige Arzt meine Behinderung für die Beamtenlaufbahn einstufen? Diese und weitere Fragen wurden in zahlreichen Gesprächen mit der Dienststelle, dem örtlichen Schwerbehindertenvertreter und den zuständigen Stellen geklärt. Auch hier habe ich große Unterstützung durch die GdP erfahren.

Als ich Ende Juli 2016 zur Eigenuntersuchung zum Arbeitsmedizinischen Dienst der Bundespolizei nach Sankt Augustin gefahren bin, raste mein Herz. Schließlich war das Urteil des Arztes für mich und meine berufliche Zukunft richtungweisend. Meine Befürchtungen und Sorgen waren aber unbegründet. Mit einem positiven Urteil trat ich überglücklich die Heimreise an.

Im September vergangenen Jahres berief mich der Präsident der Direktion Bundesbereitschaftspolizei in das Beamtenverhältnis, und ich wurde zur Regierungsassistentin ernannt. Ich freue mich auf eine tolle Zukunft bei der Bundespolizei, bedanke mich für die Unterstützung, die ich von vielen Seiten erfahren habe und bin gespannt auf die neuen Herausforderungen, auf die neuen Grenzen, die noch vor mir liegen und überwunden werden wollen.

## Terrorbekämpfung bleibt Sache der Polizei

**Zu einem Meinungsaustausch trafen sich der Stellvertreter des Präsidenten des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V., Karl-Heinz Brunner MdB (im Foto links), und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, Mitte Februar in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.**

Brunner und Malchow thematisierten im Vorfeld der für Anfang März geplanten gemeinsamen Übung von Bundeswehr und Polizei die erneut hochgekochte Debatte um einen Einsatz der Bundeswehr im Innern. Dabei bekräftigte der GdP-Chef gegenüber dem Bundestagsabgeordneten und ehemaligem Gebirgsjäger, der für die SPD im Rechts- und Verteidigungsausschuss sitzt, die ablehnende Hal-

wollen, rechtfertige auch die hierzulande hohe Terrorbedrohung nicht. Zudem seien Terroristen Straftäter und keine Streitkräfte mit Kombattantenstatus. Es handele sich, so Malchow, bei Terrorattentaten um Schwerekriminalität, und nicht um kriegerische Akte. Es spreche unterdessen nichts dagegen, in bereits in der Verfassung verankerten Ausnahmefällen wie Katastrophen auf das technische Knowhow und die per-



Foto: Zielasko

tung seiner Organisation. Die Polizei sei durchaus gewappnet, die Lage nach einem oder auch mehreren Terroranschlägen zu bewältigen, erklärte Malchow. Bekannt sei, dass die Polizei zwar seit Langem mit Defiziten bei Personalzahlen und technischer Ausstattung umgehen müsse, daraufhin aber gleich das Grundgesetz ändern zu wollen und dem Militär einen Teil der inneren Sicherheit anvertrauen zu

sonelle Unterstützung der Bundeswehr zurückgreifen zu können. Genau diese Zusammenarbeit habe sich in der Vergangenheit bewährt und daher bedürfe es auch keiner grundsätzlichen Veränderung im Verhältnis der Garanten von innerer und äußerer Sicherheit. Brunner und Malchow vereinbarten den geknüpften Gesprächsfaden zwischen GdP und Reservistenband nicht reißen zu lassen.

mzo



# Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch

„Kopfüber – Weltunter“, so lautet das Motto der 71. Ruhrfestspiele Recklinghausen. Nachdem mit den Schwerpunkten Frankreich und Mittelmeer in Jahren zuvor unerwartete Aktualität gerade noch aufgefangen werden konnte, erweist sich der tiefe Griff in die Motto-Kiste als sinnvoll. Intendant Frank Hoffmann sieht „uns“ nicht mehr nur bis zum Hals im Wasser stehend, sondern „unten angekommen, tief unten.“ Auftauchen? Orientieren? Wird aus Faulheit, Unsicherheit, Angst unterlassen. Denn oben regiert das Chaos. Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch, heißt es bei Hölderlin. Theater, meint Hoffmann, hilft, das Rettende zu finden.

Reformation, Französische Revolution, industrielle Revolution, Oktoberrevolution – es wimmelt von Revolutionen – bis hin zum Maidan und zur digitalen Revolution. Der Spielplan bietet sie alle, also nicht ganz. Aber Kombinationen wie „Egmont“/„Prometheus“ aus Wien oder „Die Maßnahme“/„Die Perser“ aus Leipzig überraschen schon und Cennetis selten gespieltes Drama „Hochzeit“ oder „Berlin Alexanderplatz“ aus der Hauptstadt sind ja entweder revolutionären oder chaotischen Inhalts. Beide Theaterstücke erzählen von einer Gesellschaft, die aus den Fugen gerät.

Dem Ausspruch Nietzsches „Man muss noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können“ folgend könnte Robert

Wilson's Projekt mit dem Düsseldorfer Schauspielhaus einen tanzenden Stern gebären: E.T.A. Hoffmanns „Der Sandmann“ – Welturaufführung am 3. Mai. Oder den „Rausch“ Strindbergs, so gut wie nie auf deutschen Spielplänen zu finden.

Der Hausherr inszeniert ein Spiel um Moral und Identität, einen Krimi. Hier Strindberg, da Jelinek/Stephens. Sebastian Nübling unternimmt mit seiner Hamburger Inszenierung eine Kompilation aus „Wut“/„Rage“. Bei so viel Chaos, Umbruch, Desorientierung sei Kästners Frage erlaubt: Wo bleibt das Positive? Vielleicht bei Woody Allens „Tod“? Der anscheinend nimmermüde Roberto Ciulli inszeniert. Oder wenn Claus Peymann aus Thomas Bernhards „Holzfällen“ liest?



RUHRFESTSPIELE  
RECKLINGHAUSEN

Keine Sorge, auch wenn zum Beispiel „Hermann und Dorothea“ von der Wiener Burg kommt, Aufruhr oder zumindest Aufregung bleiben im Programm. Die Dramatisierung des Romans „Hool“ taucht ab in die Welt der Hooligans und die Guerilla-Folk-Oper „Counting Sheep“ entführt den Zuschauer nach Kiew. Die Autoren dieser Oper haben auf dem Maidan mitgekämpft. Mehr Chaos kann man nicht erlebt haben. Wer noch mehr Tumult mag, der schaue bei Mudar Al Haggi „Your Love Is Fire – Deine Liebe ist Feuer“ vorbei. Der Autor ist Flüchtling aus Syrien, schreibt ein Stück über den Krieg und als es darin um Flucht geht, mischen sich seine Protagonisten ein und beginnen eine Diskussion mit dem Autor über Sinn und Unsinn von Leben, Flucht, Überleben. Um Flucht und Überleben geht es auch in der Dramatisierung von Michael Köhlmeiers Roman „Das Mädchen mit dem Fin-

## Kapitalmarkt

<p><b>Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vorteilzins für den öffentl. Dienst</li> <li>Umschuldung: Raten bis 50% senken</li> <li>Baufinanzierungen echt günstig</li> </ul> <p><b>0800 - 1000 500</b> Free Call</p> <p>Wervvergleich, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p><b>2,77%</b> effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p><a href="http://www.Autokredit.center">www.Autokredit.center</a></p>	<p><b>AK FINANZ</b></p> <p>Kapitalvermittlung GmbH E3, 11 Planken 88159 Mannheim Tel.: (0621) 376180-0 Info@AK-Finanz.de <a href="http://www.AK-Finanz.de">www.AK-Finanz.de</a></p>	<p><b>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</b></p> <p>Günstiges Darlehen rep. Bsp.: 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lz. 7 Jahre, mit Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,85 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwindung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.</p>
--	--	---	---

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten. Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 1451 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**KREDIT** bis € 80.000,-  
**PECUNIA GmbH seit 1980**

einfach – schnell – seriös

ohne Schufa bis € 10.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsversicherung – bis zum 80. Lebensjahr

**Tel. 0201/22 13 48**  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**www.Polizeifeste.de**  
**Alle Polizeifeste auf einen Blick**

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal



gerhut". Ausgangspunkt des Romans wie des Dramas sind Kinder, die – elternlos – ausgesetzt wurden und sich in einer ihnen unbekanntem Stadt durchschlagen müssen.

Von Mitteleuropa ein Sprung ganz weit in den Westen: „Where have all the flowers gone“ oder „We shall overcome“ kennt fast jeder. Ihr Autor, Komponist Pete Seeger ist vermutlich nicht mehr jedem bekannt. Der Theaterhof Lindenthal hat sich daran gesetzt, die Geschichte politischer und gesellschaftlicher Veränderungen in den USA an Hand der Songs Seegers zu erzählen. Also auch eher was Positives. Obwohl man ja beim Blick auf die aktuelle Gegenwart...

Früher war zwar mehr Zirkus, aber dafür keine „Woche des Sports“. Deren Reanimation findet nicht wie einst auf dem Marktplatz statt, sondern diesmal im Kleinen Theater. Als „radical urban circus“ charakterisiert sich die Truppe 360 Allstars mit ihrem gleichnamigen Programm, das ein Artistik-Spektakel um das Thema Rotation bietet.

Immer von Interesse sind die Leistungen prominenter Schauspielerinnen und Schauspieler bis hin zum Bundestagspräsidenten zum Thema der Saison, ebenso die Galareihe beliebter Kabarettisten.

Im 13. Jahr erfreut sich das Fringe Festival immer größerer Beliebtheit, was sich nicht zuletzt daran zeigt, dass immer mehr Truppen an/in/auf immer mehr Spielstätten auftreten. 33 Produktionen an 12 Orten in Recklinghausen beweisen, dass der Import vom Originalfestivalort Edinburgh inzwischen ein Eigenleben entwickelt hat.

Seit 70 Jahren zählt auch eine Kunstausstellung zu den Ruhrfestspielen. Zum Jubiläum wird die Entwicklung der Kunst nach 1945 gezeigt, die 1950 im Hochbunker am



Im Ruhrpott: Kultur mit Kollegenrabatt

Hauptbahnhof in der damals gegründeten Kunsthalle Recklinghausen ein wahrhaft festes Haus erhielt.

Alle Informationen über [www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de). Ermäßigungen für DGB-Mitglieder

Ulrich Schmidt

Foto:  
**RECKLINGHAUSEN©Ruhrfestspiele  
Recklinghausen**

Mehr Informationen zu den  
diesjährigen Ruhrfestspielen



## VERKEHR

### Gefahrgutrechtliche Vorschriften geändert

Zum 1. Januar 2017 ist das ADR/RID – Vorschriften für Straße (ADR) und Schiene (RID) – mit einer halbjährigen Übergangsfrist in Kraft getreten. Am 22. Februar dieses Jahres hat der Bundesrat die Drucksache 52/17, „9. Verordnung zur Änderung gefahrgutrechtlicher Vorschriften“ verabschiedet.

Diese sind nach der Veröffentlichung rechtsverbindlich. Sie treten zeitlich angepasst zum ADR/RID rückwirkend zum Jahresbeginn in Kraft.

Mit dieser gefahrgutrechtlichen Änderungsverordnung werden folgende Vorschriften erneuert:

- Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGV-SEB)
- Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GbV)
- Gefahrgutkostenverordnung (GGKostV)
- Gefahrgutausnahmereverordnung (GGAV)

Mit der Änderung der Richtlinie Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (RSEB) ist im März oder April 2017 zu rechnen.

Reinhard Leuker, PHK a.D./  
Gefahrgutbeauftragter



# Politik hinter Glas

Von Sven Friedberg

**Im Rahmen eines Schülerpraktikums in der Pressestelle des GdP-Bundesvorstandes besuchte ich Ende Januar mit einem Kollegen der Abteilung eine sogenannte Regierungspressekonferenz im Gebäude der Bundespressekonferenz e.V. in Berlin. In diesem einzigartigen Verein schließen sich Journalisten zusammen, die über die Politik in der Hauptstadt berichten. Sie laden Minister, Politiker, Pressesprecher oder sogar die Bundeskanzlerin ein, um ihnen Fragen zu stellen. Regierungspressekonferenzen finden in der Regel drei Mal die Woche statt, darüber hinaus gibt es weitere Pressekonferenzen, wenn Berichte oder Positionspapiere vorgestellt werden. Unter dem Dach des Gebäudes der Bundespressekonferenz arbeiten Journalisten seit 1949, der frühere Standort war in der alten Hauptstadt Deutschlands, Bonn. Doch da die Bundespressekonferenz immer nah bei der Regierung sein möchte, hat sie ihren heutigen Standort ganz in der Nähe des Regierungsviertels in Berlin.**

Solche Konferenzen waren für sie Alltag, für mich jedoch ein besonderes Erlebnis. Es wunderte mich, dass die Pressesprecher nicht über einen gesonderten Weg zum Saal kamen wie prominente Personen, sondern ganz normal, wie ich und die Journalisten, über die Haupttreppe.

Zuerst wurde über den neuen US-Präsidenten Donald Trump gesprochen, also über das Verhältnis der Bundesregierung zu ihm. Prima, das interessierte mich schon mal. Andere Themen waren schwieriger zu verstehen, weil ich einige Fachbegriffe nicht kannte. Ich war schon ein bisschen angespannt. Da saßen Personen, die viel sagen konnten, aber genau aufpassen mussten, was sie erzählen. Denn alles, was dort gesagt wird, kann Konsequenzen haben, weil es anschließend in den Medien zitiert werden könnte.

Der Konferenzsaal im Innern der Bundespressekonferenz hat eine lange Glaswand. Man muss über eine steile Treppe nach oben gehen. Als ich in

den Saal eintrat, hatte ich ein etwas mulmiges Gefühl. Viele Journalisten saßen dort schon, und ich wusste nicht so genau, wie ich mich verhalten sollte.

Anzeige

## Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 0,20 % p. a.\*



- **kostenfreies Internet-Konto DKB-Cash** mit der GdP-VISA-Card
- **weltweit kostenfrei Bargeld abheben an Geldautomaten** mit der GdP-VISA-Card

\*variabel, monatliche Zinsgutschrift, Zinssatz von 0,20 % p.a. (ab 09.03.2017) gilt für einen Betrag bis 100.000 €. Bei einem diesen Betrag übersteigenden Guthaben wird der Anteil über 100.000 € mit 0,00 % p.a. verzinst.

Genießen Sie ein Jahr lang alle Vorteile von DKB-Cash mit der GdP-VISA-Card, wie weltweit kostenlos bezahlen per Kreditkarte. Mit einem monatlichen Geldeingang von mindestens 700 Euro erhalten Sie dauerhaft alle Leistungen. Das Wichtigste aber: DKB-Cash mit der GdP-VISA-Card ist und bleibt kostenlos – für all unsere Kunden.

**Zu beantragen unter [www.gdp.de/kreditkarte](http://www.gdp.de/kreditkarte)**





Einblick und ein Blick in die Bundespressekonferenz

Foto: Sven Friedberg

### Gähnen

Nach ein paar Minuten und ersten Antworten fing Regierungssprecher Steffen Seibert an zu gähnen, was mich schon ein wenig verwundert hat – vielleicht ist er erst spät ins Bett gekommen. Die Atmosphäre in diesem Saal mit der aus Nachrichtensendungen bekannten „blauen Wand“ war „relativ“ entspannt, die Sprecher haben sogar noch auf ihre Smartphones geschaut, bevor es losging.

Für mich jedenfalls war es sehr spannend, denn es kamen viele verschiedene Themen zur Sprache wie die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge, die Belastung von Pflegekräften oder die Gefährdung von Bundeswehrsoldaten in Mali.

### Gestolpert

Manchmal hatte ich den Eindruck, dass die Pressesprecher nicht so genau wussten, wie sie auf bestimmte Fragen reagieren sollten. Dann gab es eine kleine Pause. Die Fragen stellten die Journalisten über ein Mikrofon, das in der Mitte eines Stuhlpaars angebracht ist, weshalb manche der Medienvertreter sich manchmal etwas verbiegen mussten. Als die Fragen gestellt wurden habe ich mich immer umgeschaut, um zu erkennen, wer die jeweilige Frage gerade stellt. Dabei

habe ich gesehen, wie ein Journalist über einen Stuhl gestolpert ist, und fast hingefallen wäre, um das Mikro zu erreichen.

### Leere Plätze

In dem Moment, als sich die 14 Sprecherinnen und Sprecher hingesetzt hatten, fiel mir auf, dass der Pressesaal ziemlich leer war und nur wenige Journalisten auf den Stühlen saßen. Zuerst dachte ich, dass die Themen nur wenige Menschen interessieren, doch mir

wurde erklärt, dass die Konferenz auch als Livestream im Internet verfolgt werden kann, aber nur von den Mitgliedern der Bundespressekonferenz.

Im Vergleich zu den schreibenden Journalisten waren aber mehrere Kameras aufgebaut, was mich sehr verwunderte. Übrigens haben manche Journalisten oft sehr ähnliche Fragen gestellt und dann auch meist ähnliche Antworten bekommen. Ist das der Grund, warum man so oft die gleichen Nachrichten liest?

## POLIZEISPORT

### Deutscher Polizei Cup im Tischtennis

Wir sind am Zug! Erstmals richtet Niedersachsen den Deutschen Polizei Cup (DPC) im Tischtennis aus. Der Oldenburger Turnerbund (OTB) organisiert den 9. DPC vom 25. bis 28. Mai. Teilnahmeberechtigt sind alle (auch ehemaligen) Polizeibeamte der Länder und des Bundes sowie die in diesen Organisationen arbeitenden Angestellten. Gespielt wird in vier Klassen, wobei sich die Athleten zudem noch in Doppel und Mixed messen können.

Neben dem sportlichen Wettkampf soll auch der Austausch unter den Kol-

legen und die Geselligkeit nicht zu kurz kommen. Am Ende der Veranstaltung ist daher eine Players-Party mit Siegerehrung als krönender Abschluss geplant.

Kevin Matzel

Interessierte erhalten  
nähere Informationen  
auf [www.otb-tt.de](http://www.otb-tt.de)



# Wer rastet, der rostet!

**Ich bin überzeugt, dass viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte neben ihrer Tätigkeit noch in vielen anderen Bereichen nach Abwechslung suchen. Ein von mir entdeckter Bereich ist das Ehrenamt, dem ich schon in meiner Dienstzeit nachgegangen bin.**



**Bezirksbürgermeister Mähler bei einer Pokalübergabe**

Nach über 50 Jahren der Mitgliedschaft in der GdP – hier nicht besonders engagiert – bin ich auch seit 1970 in der SPD, wobei mich vor allem Kommunalpolitik interessiert hat. Auch schon während meiner Dienstzeit bedurfte es der sehr wichtigen Abstimmung mit der Familie, das alles unter einen Hut zu bekommen. Zurzeit wirke ich als Bezirksbürgermeister im größten Stadtbezirk Remscheids mit circa 50.000 Einwohnern und einer Bezirksvertretung von 19 Mitgliedern. Darüber hinaus noch als Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege und Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss des Stadtrates. Die Aufgabe des Bezirksbürgermeisters erfordert praktizierte Bürgernähe, die mir immer ein Herzenswunsch war und noch ist. Dies liegt vielleicht auch

am Polizeiberuf, in dem ich über Jahrzehnte als Verkehrszieher tätig war.

Dann wurde ich gefragt, ob es mir nicht möglich sei, im „Freundeskreis Palliative Versorgung Remscheid e. V.“ mitzuwirken, was ich nicht ablehnen konnte und wollte. Als die örtliche Verkehrswacht in meiner Stadt kurz vor dem Aus stand, war es mir ein Bedürfnis diese im Sinne der Aufgaben zu erhalten, und so stehe ich ihr mittlerweile seit über zehn Jahren vor. Und da gibt es noch anderes, aber auch ein paar gesundheitliche Einschränkungen: Aber all dies sollte einem das Pensionärsleben nicht vermiesen, das nach meiner Auffassung unter anderem durch ehrenamtliche Tätigkeiten einen erfüllten Sinn bekommt.

Also in diesem Sinne: Wer rastet, der rostet, auf zu neuen Aufgaben!

**Ernst-Otto Mähler**



## Opfererfahrungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland

Bevölkerungsbefragungen zu Erlebnissen als Opfer von Straftaten und kriminalitätsbezogenen Einstellungen erlauben eine Aufhellung des kriminalstatistischen Dunkelfeldes der Kriminalität und ergänzen die Polizeiliche Kriminalstatistik um wichtige Informationen zur Kriminalitätsfurcht, dem Anzeigeverhalten und den Strafeinstellungen. Im Rahmen des Verbundprojektes „Barometer Sicherheit in Deutschland“ (BaSiD) haben das Bundeskriminalamt und das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg (Breisgau) mit dem Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 die bislang umfassendste bundesweite Befragung dieser Art durchgeführt. Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012 zeichnet sich unter anderem durch eine methodisch aufwändige Stichprobenziehung und die

detaillierte Berücksichtigung des Migrationsstatus und des kleinräumigen Wohnumfeldes aus und ermöglicht dadurch sowie durch ein theoriegeleitetes Fragenspektrum differenzierte Auswertungen.

Im vorliegenden Band sind Beiträge versammelt, die diese Besonderheiten des Deutschen Viktimisierungssurveys 2012 für tiefergehende Analysen der Opferrisiken, des Sicherheitsempfindens und der Strafeinstellungen der Bevölkerung nutzen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Einfluss von Merkmalen des Wohnumfeldes. Die hier vorgelegten Analysen fördern etliche bemerkenswerte Erkenntnisse, darunter einige praktisch und kriminalpolitisch bedeutsame Befunde, zu Tage.

Alle Publikationen der BKA-Reihe Polizei + Forschung (ausgenommen VS-NfD-eingestufte Bände) sind im Internet im PDF-Format unter [www.bka.de](http://www.bka.de) (Publikationen/Publikationsreihen/Buchreihe „Polizei + Forschung“) eingestellt. Das Buch ist kostenlos beim BKA erhältlich.

**Opfererfahrungen und kriminalitätsbezogene Einstellungen in Deutschland, Band 49 der Reihe Polizei + Forschung, Christoph Birkel, Dina Hummelsheim-Doss, Nathalie Leitgöb-Guzy, Dietrich Oberwittler (Hrsg.), Bundeskriminalamt Kriminalistisches Institut, 2016, 306 Seiten, ISBN: 978-3-9818469-0-4**



**Otto Mähler**

**Fotos (2): privat**



### Zu: Dienst, DP 2/17

Mit großer Aufmerksamkeit las ich den Bericht „Aus dem Leben gerissen“. Es lief bei mir eine Erinnerung aus meinem Polizeileben ab. Jede Szene war abrufbar und deutlich wieder sichtbar. Der Einsatz: Wir als Streifenbesatzung bekamen gegen 6.30 Uhr einen Hinweis auf eine vermisste Person (13 Jahre). Am Wohnort nahmen wir Kontakt mit den Eltern auf. Die am Ort erworbenen Erkenntnisse deuteten auf einen Freitod hin. Um diesen zu verhindern, war höchste Dringlichkeit geboten. Verstärkung gab es nicht: Personalmangel. Also, wie es immer ist und war. Der Streifenbeamte steht allein im Regen. Nachher wissen es alle besser. Um 11.30 Uhr war des Dramas Höhepunkt. Mein Kollege und ich fanden den Vermissten. Der Junge hatte seine Ansage – wie im Abschiedsbrief angedeutet – wahr gemacht.

Die Übermittlung der Todesnachricht überließen wir anderen Personen. Wir beide hätten es nicht können. Ich hatte zwei Jungen im Alter 11 und 13 Jahren. Nun bin ich seit 1999 im Ruhestand. Das Ereignis liegt einige Jahrzehnte zurück und ist immer noch brisant. Vergessen kann man so etwas nie, glaube ich!

**Eberhard Sussiek, Neu Wulmstorf**



Mit großem Interesse habe ich den Bericht des jungen Kollegen Julian Möller aus Bremen gelesen. Ich selber habe nun 35 Dienstjahre hinter mich gebracht und fühlte mich den geschilderten Eindrücken und Empfindungen sehr nahe. Julian, ich ziehe den Hut vor Dir, dass Du offen über Deine Gedanken und Gefühle geschrieben hast.

Das wäre uns „früher“ noch als Schwäche ausgelegt worden, wir haben es entweder in uns „hineingefressen“ oder je nach persönlicher körperlicher und geistiger Konstitution einen anderen oder gar keinen Weg gefunden, damit umzugehen.

Ich denke, dass allein Deine ausführlichen Schilderungen und deren Veröffentlichung manchen jungen Kollegen in ähnlich gelagerten Fällen Hilfestellung bieten können – dafür

allein meinen herzlichsten Dank. Alle Gute weiterhin für Dich im dienstlichen wie privaten Bereich.

**Uwe Viefhues, Borken**

### Zu: Kommentar, DP 2/17

Ich kann vielem zustimmen, was Kollege Malchow in seinem Kommentar anführt, aber die Behauptung, dass der Islam eine friedliebende Religion sei, ist einfach falsch. Im Koran wird an zwanzig Stellen zu Gewalt gegen Ungläubige (Kufar) aufgerufen. Der Koran versteht sich als die letzte und somit einzig gültige Offenbarung Gottes an die Menschheit. Das Judentum und auch das Christentum sind faktisch durch den Islam/Koran abgelöst. In allen Staaten, in denen die islamische Bevölkerung die Mehrheit stellt, gibt es keine Demokratie, keine Religionsfreiheit und schon gar keine Gleichberechtigung von Mann und Frau. Nach meinem Kenntnistand sind die meisten Opfer des islamischen Terrorismus übrigens nicht Muslime sondern Christen. Islam bedeutet Unterwerfung (Unter den Willen Allahs). Wenn man den Lebenslauf der beiden „Religionsstifter“ Jesus Christus für das Christentum und Mohammed für den Islam, vergleicht, dann kann man feststellen, dass Jesus Christus Liebe predigte und auch bis zum Tod lebte. Mohammed kam mit List, Tücke und Gewalt an die Macht und sein Ziel und das seiner Nachfolger ist, ganz einfach gesagt, die Weltherrschaft. Für mich persönlich ist zusätzlich erschreckend, dass im Koran kein einziges Mal das Wort Liebe vorkommt. Wie erklärten mir Mitglieder einer (christlichen) arabischen Gemeinde: „Islam sät Hass in dein Herz“. Ich empfehle deshalb dem Kollegen Malchow zuerst einmal den Koran und die Biographie von Mohammed zu lesen, bevor er meint, sich zu dieser Religion äußern zu müssen.

**Uwe Engelhardt, Hardthausen**

### Zu: Gewalt gegen Polizeibeamte, DP 2/17

Jahrzehntelang habe ich mir die Ansichten übertrainierter Soziologen und Psychologen, blauäugiger Politi-

ker und verschulter Vorgesetzter anhören und schweigen müssen. Denn die wissen zwar alles, aber nicht was sie wollen. Spaß beiseite – es gibt auch gute Leute. Aber jetzt will ich mal in aller Kürze die Sache aus meiner Perspektive, der eines ehemaligen Streifenpolizisten, betrachten.

Die Welt hat sich zwar verändert, ist aber deshalb nicht besser geworden, besonders nicht in Richtung Sicherheit. Bei uns galt noch Sicherheit vor Freiheit – heute ist es umgekehrt.

Am Anfang allen Übels stand doch das geschwundene Vertrauen. Als Slogans wie „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ oder „Freie Fahrt für freie Bürger“ die Runde machten, begannen auch das Vertrauen und der Respekt zur Polizei zu bröckeln. Vorher gab es daran keine Zweifel, weil man der Polizei ohne Wenn und Aber zutraute, für Recht und Ordnung zu sorgen. Warum sollte man die Ordnungshüter kontrollieren? Aber es kam immer häufiger vor, dass Vertrauen in allen Bereichen, nicht nur bei der Polizei, zerstört wurde. Schlagwörter wie Pfusch, Murks, Kunstfehler, Behördenwillkür, Bankenskandal, Justizirrtum, Falschmeldung, Steuerbetrug, Fahndungspanne und politischer Realitätsverlust geisterten fast täglich durch die Medienlandschaft. Wem sollte man da vertrauen? Und wo das Vertrauen fehlt, geht man auch nicht ehrlich miteinander um, war die zwangsläufige Folgerung daraus. Und die bitteren Früchte, die der Vertrauensverlust und die angezweifelte Ehrlichkeit mit sich brachten, waren Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber der Polizei.

Die Schuld suche ich nicht allein bei der veränderten Gesellschaft (aufgeklärter, besser informiert, mehr Kontrollinstanzen, streitbereiter), sondern auch bei der Institution Polizei, nicht bei der einzelnen Beamtin oder dem Beamten. Schauen wir uns nur mal Erscheinungsbild, Arbeitsweise, den dienstlichen und menschlichen Umgang – insbesondere nach der Polizeireform – an. Hinzu kommt jetzt noch der Vertrauensverlust in die Politik (insbesondere Ausländer- und Finanzpolitik).

Bei der Reform setzte man auf großräumige Lösungen und



somit auf weniger Bürgernähe. Man wollte uns den Nimbus von Super-Cops verpassen und alles straffer und effizienter auslegen. So ließ sich das gute Verhältnis zum Bürger nicht mehr aufrechterhalten. Das alles schaffte Misstrauen und Abneigung.

**D**er knappe Personalansatz in der Fläche, hervorgerufen durch die Sollstärkenberechnung, wirkte vor Ort wie ein personeller Offenbarungseid. Unser polizeiliches Gegenüber bekam Oberwasser. Man versuchte krampfhaft die Lücken mit der Bereitschaftspolizei zu schließen. Am Einsatzort war man oft allein gelassen. Mit ein paar Streifenwagen hätte man sich viel besser durchsetzen, die Lage beherrschen und Respekt verschaffen können. Aber meistens war man froh, dass man selbst heil raus kam. Als polizeilicher Einzelkämpfer war man zu schwach, um die erforderlichen Maßnahmen problemlos durchzudrücken. Das sprach sich natürlich herum. Und manche Chefs begriffen zudem nicht, wie man mit der jeweiligen Bevölkerung (Land/Stadt – Villenviertel/Arbeitersiedlung) umgeht. Sie eckten an und sorgten für Verärgerung, weil sie mit den Bevölkerungsschichten und Wohnlagen nicht umgehen konnten. Auch gut ausgebildete Polizisten sind nicht auf jedem Dienstposten ein Treffer. Da gehört mehr dazu, als nur gute Schulnoten.

**F**rüher respektierten sich Polizei und ihre Delinquenten. Es war kein seltener Fall, dass sich der Übeltäter, der sich erst falsch behandelt fühlte, am nächsten Tag beim Sachbearbeiter entschuldigte und aus Feinden polizeifreundliche Menschen wurden, von denen oftmals noch wertvolle Tipps kamen. Heute ist das nicht mehr möglich, weil der Beamte sofort Anzeige erstatten muss, da er sonst in den Verdacht gerät, etwas verheimlichen zu wollen. Es wartet schon das Kommissariat „Interne Ermittlungen“, die ihm ja nur „helfen“ wollen. Es gilt schon fast das Prinzip, wer zuerst Anzeige erstattet, dem glaubt man auch.

Negativ auf die Bürgernähe wirkten sich meiner Meinung nach auch der übertriebene Datenschutz und der Bußgeldkatalog aus. Erstens wurde die Präventionsarbeit erschwert und zweitens bei der Verkehrsüberwachung in eine Zwangsjacke gesteckt. Gerade im Verkehrsbereich, wo es die Polizei meistens mit anständigen Leuten zu

tun hat, wurde die Imagepflege und ein Vertrauensaufbau empfindlich gestört. Und das alles wegen unbedeutenden Kleinigkeiten, für die sich die Polizei stark machte. War das die Sache wert?

**M**ehr Freiräume, immer korrekt und bei der Wahrheit bleiben. Neben Durchsetzungsvermögen auch Menschlichkeit zeigen. Das wäre schon ein erster Schritt gegen die Gewalt. Eine gute Presse von außen und selber gute Pressearbeit leisten (siehe Münchener Attentat), wäre ein zweiter Schritt. Und dann fehlt eigentlich nur noch ein gutes Erscheinungsbild und sicheres Auftreten, um unser Ansehen bei allen Bevölkerungsschichten zu verbessern. Das Ganze könnte durch Gerichtsurteile unterstützt werden, die uns gut tun und nicht immer wieder runterziehen – ebenso wie manche linke Politiker es praktizieren. Dann hätten wir den Respekt, den wir für unsere Arbeit verdienen. Mit einem strafverschärfenden Paragraphen allein ist es, glaube ich, nicht getan.

**N**och ein letzter Blick auf das Verhalten der Zuwanderer. Jubelnde Medien-Schlagzeilen begleiten flankierend die grenzenlose Willkommenskultur. Aber gerade deshalb werden die Gewaltdelikte gegen die Polizei und andere Sicherheitsdienste weiter ansteigen. Die Flüchtlinge sind in ihren Heimatländern ein härteres Eingreifen der Polizei gewohnt. Mit Belehren und Debattieren kommst du da nicht weiter. Das wird als Schwäche ausgelegt. Da zählt nur körperliche Gewalt. Aber die Polizei soll alle möglichen Sensibilitäten der „Zugereisten“ berücksichtigen, sonst gilt sie sofort als ausländerfeindlich.

**E**rst die Polizei kaputt sparen, dann sinnlos reformieren und danach über Personalnot und schlechte Ausrüstung klagen war der falsche Weg. Aber der ist manchmal lang und steinig.

**Günter Klinger, GdP-Landesseniorenvorsitzender Bayern**

### Zu: Tarifrunde 2017, DP 2/17

„Sicherheit hat ihren Preis!“ ist die Überschrift zur Auftaktveranstaltung der aktuellen Tarifrunde 2017. Diese

Aussage ist mehr als berechtigt und dürfte auch auf die überwiegende Zustimmung in der Bevölkerung stoßen. Insbesondere in der jetzigen Sicherheitslage.

**O**bwohl immer wieder durch manche Protagonisten verlangt wird, dass Beamte in die Sozialkassen einzahlen mögen, stellt sich mir die Frage, ob diese Forderung auch beibehalten würde, wenn die Beamten hierfür durchschnittlich auf 500 Euro Gehalt verzichten sollen.

**I**ch möchte hier nicht darstellen, wie unsinnig diese Neiddiskussion ist, sondern einen anderen Gedanken vorstellen, der immer wieder andiskutiert wird. Wir Polizisten sind aus meiner Sicht besonderen Herausforderungen gegenübergestellt und somit mit den Beamten der allgemeinen Verwaltung nicht vergleichbar. Insbesondere die jetzigen gesellschaftlichen Veränderungen wie die Terrorgefahr, Silvester in Köln oder die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten und Rettungskräften rechtfertigen mehr denn je, dass wir uns aus den Besoldungsgruppen des allgemeinen Beamtenstatus verabschieden.

**D**ie bundesweit einzuführende P-Besoldung hätte meines Erachtens folgende Vorteile:

1. Es ist nicht zu erwarten, dass die Bürger einen Verzicht von circa 500 Euro Gehalt für den Eigenanteil in die Sozialversicherungen für Polizistinnen und Polizisten fordern würden.
2. Der Beamtenstatus von uns überhaupt infrage gestellt würde.
3. Tarifverhandlungen für Polizistinnen und Polizisten gesondert geführt werden könnten und somit insgesamt eine gerechtfertigte Erhöhung der Besoldung für die Polizei besser durchsetzbar sein dürfte.
4. Eine massive Erhöhung der Zulage für den Wach- und Wechseldienst in Form einer Struktur- oder Außendienstzulage, weil diese Kolleginnen und Kollegen auf der Straße die deutlich gestiegenen Gefahren als erste und meist ausschließlich handeln müssen, auch in der Politik und der Bevölkerung tragbar wäre. Dies könnte auch mehr Kolleginnen und Kollegen aus den Innendienstbereichen wieder auf die Straße locken.
5. Diese sichtliche Erhöhung des Net-





togehalts einer Polizeibeamtin und eines Polizeibeamten möglicherweise mehr qualifiziertere Bewerberinnen und Bewerber anspricht und die aus meiner Sicht notwendige Bestenauslese, für die zum Beispiel über 2.000 in NRW zu erwartenden Bachelor, festigt.

**Ralf Schöneberg, Dortmund**

### Zu: Lesermeinung des Kollegen Spindler, DP 2/17

Wer sich für die Polizei entscheidet, muss wissen und weiß das auch, dass er sich für einen Beruf entscheidet, der ihn mehr als gewünscht zu Zeiten in Anspruch nimmt, in denen sich seine Mitmenschen entspannen, mit Freunden feiern, ihren sozialen Bindungen Folge leisten und ihre Freundschaften pflegen können. Wer sich in der Kollegenschaft umsieht, ist daher nicht verwundert, dass Lebensgemeinschaften gelöst, Ehen geschieden und die Angst vor neuen Bindungen groß ist. Das ist die Kehrseite dieses sehr sozialen, solidarischen und eigentlich tollen Berufs. Als Polizeibeamter hat man überwiegend mit unerfreulichen Gegebenheiten zu tun, die nicht spurlos auf das Gemüt, die Seele des Einzelnen abfärben. Daher muss man das Positive des Berufs hervorheben und sich dies vor Augen halten. Dass das nicht leicht ist, ist wohl unumstritten, aber jeder Polizeibeamte sollte und muss immer positiv denken. Daher ist der Arbeitgeber gefordert, sich hier einzuschalten, für psychologischen Halt zu sorgen und für folgenfreie Unterstützung zu sorgen.

Ja, in unserem Staat ist die Polizei Ländersache und jedes Land hat seine Souveränität durch eigene Polizeigesetze zum Ausdruck gebracht. Das führte sogar dazu, dass Bewerber im Land X abgelehnt und im Land Y eingestellt werden konnten. Deshalb waren und sind heute noch die politischen Prioritäten und Organisationsformen in den Polizeien von Land zu Land unterschiedlich. Kein Politiker sah und sieht Veranlassung, in guten ruhigen Zeiten hieran etwas zu ändern. Wenn es gut geht, es ruhig bleibt, ist man sogar stets geneigt, Einsparungen durch getarnte Umorganisationen vorzunehmen und damit zu erklären. In allen Ländern!

Nur, wenn der Staat bedroht, die Politiker sich nicht mehr sicher fühlen, die Bürger unruhig werden, erinnert man sich, dass eigentlich die Polizei wieder für Ruhe und Ordnung sorgen müsste. Wenn dann festgestellt wird, dass Personal- und Ausrüstungsmangel bestehen, wird hoch und heilig sofort Abhilfe versprochen. Hier muss man sich fragen, was haben die Berufsvertretungen für die Polizei bei der Politik gemacht und versucht zu erreichen? Haben sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt oder waren es politische Verbindungen, die einen zu krassen Vorhalt nicht zuließen? Eine Berufsvertretung sollte stets den Finger auf die jeweilige Wunde legen und nicht locker lassen. Das bedarf natürlich auch massiver öffentlicher Aufklärung, die sehr personell und Kosten aufwendig ist. Das sind die Probleme der Polizei, die immer anstehen und durch die Aktualität nur mehr beschleunigt werden.

Wenn man das Problem der Silvesternacht, den kommenden Karnevaleinsatz und sportliche Veranstaltungen zum Anlass nimmt, dies allein der Politik in die Schuhe zu schieben, der liegt doch wohl mehr als falsch!

Schauen wir uns den Silvester-Vorfall an. Wer hat schon im Geringsten an dieses Ausmaß denken und sich vorstellen können? Wer hat den eingesetzten Kräften für diese Vorfälle Verhaltensregeln und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog vorlegen können? Niemand! Das war nicht vorhersehbar! Nur, dass das Informationssystem und -verhalten der Polizei in diesem Einsatz nicht in Ordnung war, steht wohl außer Zweifel! Es ist unvorstellbar, dass Tage vergehen, bevor ein zuständiger Innenminister und eine Ministerpräsidentin von diesen Vorfällen Kenntnis erhalten. Warum wurde keine Verstärkung angefordert und warum ließ man das Abschießen von Feuerwerkskörpern in die Menschenmenge vor dem Hauptbahnhof zu, erst recht die sexuellen Belästigungen und Beleidigungen gegenüber Frauen?

Wenn Richter nicht von dem Ermittlungsergebnis der Polizei überzeugt werden können, weil in der Kürze der Zeit noch nicht eine komplette Rekonstruierbarkeit der Tatbeteiligung und des Tatgeschehens erbracht werden kann, und sie das

Ersuchen auf Erlass eines U-Haftbefehls ablehnen, sie Haftgründe verneinen; wenn sich Politiker zu früh in der Sache zu Wort melden und mitmischen, ist die Polizei natürlich immer die Geschädigte. Auch darf und kann man nicht Landes- mit Bundespolitik vermischen und dieses vermeintliche Ergebnis als Ursache für die Misere der Polizei benennen. Natürlich ist in der Bevölkerung nicht dieses Wissen in dieser Form vorhanden und deshalb wird durch dieses Halbwissen viel Unheil angerichtet.

Mit dem Satz: „Wir schaffen das!“ der Bundeskanzlerin wurde in keiner Weise das Ansehen der Polizei beschädigt oder in irgendeiner Weise tangiert. Mit einer Ausnahme, dass nicht ausreichend Kräfte vorhanden waren, diesen Ansturm polizeilich zu bearbeiten. Das war aber ursächlich auf die Vernachlässigungen der Länder hinsichtlich Schaffung von Nachersatz und Aufstockung wegen zusätzlicher Aufgaben der Polizei zurückzuführen. Es wurde an der falschen Stelle gespart. Der Bundespolizei im Zuständigkeitsbereich des Bundesinnenministers erging es nicht anders. Überspitzt ausgedrückt war es die Kanzlerin, die durch ihre Aussage offen gelegt hat, dass erhebliche Lücken im Personal- und Ausrüstungswesen der Polizei in den Ländern und Bund zu verzeichnen sind. Auch wenn wir mit der Sicherheitslage in unserem Staat nicht zufrieden sein können, steuert Deutschland nicht auf Kriegszustand, Chaos und Anarchie hin, geschweige denn herrscht dies teilweise schon vor. Was muss man für ein Demokratieverständnis haben, um dies behaupten zu können. Wer so denkt und redet, ist nicht weit von den „Thekenrednern“ entfernt, die sich von AfD und Pegida leiten lassen. Dies belegen die Behauptungen des „totalen Kontrollverlustes“, „finanzieller Schaden für Deutschland in zweistelliger Milliardenhöhe“, „Folge der unverantwortlichen Politik einer sturen und überheblichen Kanzlerin, die sogar Beschlüsse ihres eigenen Parteitages ignoriert (Doppelpass abschaffen)“. Plakative Aussagen, die emotional, aber nicht sachlich sind.

Wir haben in Deutschland zum Glück eine freiheitlich demokratische Grundordnung, die ihre Existenz überwiegend aus der Achtung der Würde des Menschen, der freien



Wahlentscheidung, der Achtung und dem Schutz von Minderheiten hergeleitet hat. Hierzu gehören in diesem Verständnis zweifelsfrei Flüchtlinge. Diesen ist zunächst Schutz und Obhut zu gewähren. Die sich anschließende Bewertung und Beurteilung schließt eine spätere Abschiebung nicht aus. Das sind aber demokratische Verhaltensweisen, die auch einem Bürger der neuen Bundesländer nach 28-jähriger Zugehörigkeit zur Bundesrepublik vertraut sein sollten.

Ich erinnere nur, dass bei der Wiedervereinigung die DDR-Währung, die kaum Wert hatte, in einem tollen Verhältnis in harte D-Mark umgetauscht wurde. Ein harter Brocken für die alten Länder, daher auch der heute noch bestehende Solidaritätszuschlag. Das war praktizierte Solidarität und Demokratie für schwächer gestellte Minderheiten.

Ich stelle fest, dass die Politiker in Deutschland wieder schlauer geworden sind nach dem Motto: „Man

ist immer schlauer, wenn man aus dem Rathaus kommt!“ Dass man die erkannten Missstände beseitigen will und dass man erkannt hat, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung nur mit einer starken Polizei und Staatsanwaltschaft erreicht werden kann. Die Flüchtlingspolitik in Deutschland war und ist richtig. Man muss nur sachlich und unvoreingenommen heran gehen.

Im Europaparlament muss sich der solidarische und demokratische Grundgedanke durchsetzen, dass man nur gemeinsam dieses große Flüchtlings- und Terrorszenario bewältigen kann und muss. Die sogenannte Obergrenzen-Diskussion kam nur deshalb zustande, weil bestimmte europäische Länder sich nicht solidarisch zeigten und heute noch zeigen und sie sich nicht an demokratischen Werten orientieren.

Dem zuletzt angeführten Zitat des ehemaligen GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg kann grundsätzlich nur zugestimmt werden, aber zugleich muss die Frage erlaubt

sein, warum man dagegen wohl nichts unternommen hat oder zumindest nicht hartnäckig genug weiter gefordert hat, denn das Zitat ist mehrere Jahre alt!

**Helmut Kalt, Düren**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand**  
**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI**  
**Stromstraße 4**  
**10555 Berlin**  
**Tel.: 030/39 99 21-113**  
**Fax: 030/39 99 21-200**  
**E-Mail:**  
**gdp-pressestelle@gdp.de**



Nr. 3 • 66. Jahrgang 2017 •  
 Fachzeitschrift und Organ der  
 Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
 Monatlich 2,90 EURO  
 zuzüglich Zustellgebühr.  
 Bestellung an den Verlag.  
 Für GdP-Mitglieder ist der  
 Bezug durch den  
 Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
 Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
 Pressestelle**  
**Chefredakteur/Presseprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
**10555 Berlin**  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
 Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG**  
**DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft**  
**der Polizei**  
 Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

**Geschäftsführer:**  
 Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
 Antje Kleucker  
 Es gilt die Anzeigenpreislise Nr. 39  
 vom 1. Januar 2017.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirkesteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
 182.924 Exemplare  
 ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
 L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,  
 DruckMedien  
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
 Postfach 1452, 47594 Geldern,  
 Telefon (02831) 396-0,  
 Fax (02831) 89887

### Titel

Foto: Paul Zinken/dpa

Gestaltung:  
 Rembert Stolzenfeld



# POLIZEIBEAMTE ALS ZEUGEN VOR GERICHT

Zeugenrolle und Sachverständigenstatus

Von **Heiko Artkämper** und **Carola Jakobs**.



1. Auflage 2017

**Umfang:** 264 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 19,99 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0788-8

**VDP e book**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 14,99 € [D]

Polizeibeamte sind – wie andere Bürger auch – in die staatsbürgerlichen Zeugenpflichten eingebunden. Auch als Sachverständige treten sie vermehrt im Strafverfahren vor Gericht auf. In beiden Funktionen tragen sie eine entscheidende Verantwortung für den Ausgang des Verfahrens. In den polizeilichen Ermittlungsverfahren ist der Polizeibeamte dabei weitgehend selbstständiger Ermittler. In der Hauptverhandlung ist er Zeuge oder Sachverständiger, der Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen hat und dessen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit geprüft wird. Besonderes Augenmerk richtet die Verteidigung auf die Verwertbarkeit polizeilicher Vernehmungen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben. Die gesamte Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird in Frage gestellt und damit nach unzulässigen Maßnahmen gesucht, für die Beweisverwertungsverbote geltend gemacht werden können. Dies ist im Rechtsstaat so vorgesehen und drängt den Beamten nur scheinbar in eine Verteidigungsrolle.

In diesem Buch vermitteln die Autoren das erforderliche Wissen für Polizeibeamte, um vor Gericht die notwendige Handlungssicherheit zu erlangen. Gleichzeitig wollen sie das – oftmals unterschätzte – Verantwortungsbewusstsein des Polizeibeamten für seine Aufgaben in einem rechtsstaatlichen und fairen Strafprozess schärfen.



## DIE AUTOREN

**Dr. Heiko Artkämper**, Staatsanwalt als Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft Dortmund und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

**Carola Jakobs**, Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Dortmund.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

## Ich bin dann mal hin und weg!

Mit dem Rucksack TRAIL kommen Sie auf Touren. Das sportliche Daypack ist leicht und mit vielen Funktionen ausgestattet. Nicht zu klein und dabei nicht zu schwer – als guter Tagesrucksack bietet er genügend Packvolumen und ist zugleich komfortabel zu tragen.

Polsterungen an Rücken, Beckengurt und 2fach-verstellbare Schultergurte sorgen für bequemen, körpernahen Halt und bieten viel Bewegungsfreiheit. Die vielen Fächer packen nicht nur ein, was man braucht, sondern auch, wo man es braucht. Etwa das Reißverschlussfächerchen am Beckengurt für Tickets oder Geld, das Bodenfach mit der Regenhülle, die Seitentaschen mit Fixierung für Wanderstöcke, das Innenfach mit Kopfhörerausgang.

## Rucksack Trail

- gepolsterter Rücken
- großes Hauptfach mit flachem Einsteckfach innen
- Kopfhörerausgang
- 2 Seitentaschen
- Wanderstockfixierung
- seitliche Zurrgurte
- Bodenfach mit Regenhülle/-schutz
- gepolsterte Träger mit oberer und unterer Längenverstellung
- gepolsterter Beckengurt mit Reißverschlussfächerchen
- höhenverstellbarer Brustgurt
- Material: Nylon 420d & ripstop
- ca. 30 x 49 x 18 cm

Grau/Schwarz	259003
Grau/Orange	259103
Grau/Maigrün	259203
Grau/Cyan	259303
Grau/Weiß	259403

 29,95 € 37,50 €

